

Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der "Cübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Reklamation und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaarte Postzelle oder deren Raum 180 Pg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungssachen 180 Pg., Reklamen 300 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 75.

Freitag, den 1. April 1921.

28. Jahrgang.

Karl der Schwankende in Ungarn.

Wie ein Mohr im Winde schwankte während des Krieges der letzte österreichische Kaiser hin und her; bald jagte seine ehrgeizige Frau seine Sympathien auf die französische Seite, bald war er unter Konrad von Höhendorffs Einfluss ein Anhänger Ludendorffs. Eine österreichische Redensart bezeichnet die Wollsstimmung gegen das Kaiserpaar: Es gibt in Wien nur einen Menschen, der mehr gehaßt wird als der Kaiser, das ist die Kaiserin.

Nun liegen in Ungarn die Verhältnisse insofern etwas anders, als dort eine royalistische und zurückgebliebene Landbevölkerung die Mehrheit hat. Allerdings weisen ihre Sympathien mehr in Richtung des "ungarischen" Erzherzogs Josef. Nach der alten und eingewurzelten ungarischen Verfassung ist jedoch der mit der Stephansrone am Krönungshügel gekrönte bis an sein Lebensende König der Magyaren.

Und diese Auffassung kann selbst dem schwachen und unbeliebten König Karl, den sicherlich irgend eine Beeinflussung zu dem fast knabenhafsten Streich getrieben hat, für einige Zeit die Möglichkeit geben, als König Karl VII. eine Gastrolle zu geben. Der Aschermittwoch wird aber auch ihm nicht erspart werden.

Militärdiktatur in Westungarn?

U. Wien, 31. März. Nach den letzten Meldungen soll gestern abend 9 Uhr in Steinamanger tatsächlich die Militärdiktatur für ganz Westungarn ausgerufen worden sein. Die Armee des Obersten Lehár in Stärke von 18 000 Mann, also ungefähr die Hälfte der ganzen ungarischen Armee, soll auf den Exkönig Karl vereidigt worden sein. Der Gouverneur von Westungarn, Graf Sigray, soll sich ebenfalls auf die Seite des Exkönigs gestellt haben. In Wien war heute vormittag eine Bestätigung dieser Nachricht noch nicht eingetroffen. Diese Gerüchte wurden bereits gestern abend von einer der hiesigen ungarischen Gesellschaft nahestehenden Seite gesellschaftlich verbreitet und hinzugefügt, daß Abgeordnete der Budapester Regierung in Steinamanger errichten seien, um mit dem Exkönig und dessen militärischen Ratgebern zu konferieren. Es wurde behauptet, daß auch andere Garnisonen in Ungarn sich bereits für König Karl entschieden haben. Zur Stunde läßt sich tatsächlich noch nicht mitteilen, doch steht fest, daß für den Fall, daß Exkönig Karl an der Spitze der Truppen von Steinamanger nach Budapest ziehen sollte, es zu blutigen Konflikten kommen würde. Seitens der Tschechen und Südslaven werden an den Grenzen bereits militärische Vorlebungen getroffen.

Die Haltung der Budapester Regierung.

U. Budapest, 1. April. Gente tritt die Nationalversammlung zusammen, um über die Königfrage eine Debatte abzuhalten. Gestern nachmittag fand ein Ministerrat statt, um die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses vorzubereiten. Der Ministerpräsident wird heute eine Erklärung abgeben, in welcher er die Vorkehrungen am Ostermontag entsprechend beleuchten und

die Stellung der Regierung in dieser Frage kennzeichnen wird. In politischen Kreisen ist man dahin informiert, daß die Abreise des Exkaisers Karl aus Steinamanger in den nächsten 24 Stunden erfolgen wird. Die Leiter der Missionen zweier Großmächte haben der ungarischen Regierung ihre Anerkennung über ihre energische Stellungnahme ausgesprochen.

Aufruf der österreichischen Sozialdemokratie gegen Kaiser Karl.

U. Wien, 31. März. Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie erläßt an die Genossen einen Aufruf, in dem es heißt: Seid wachsam! Seid in jeder Stunde zum Kampfe bereit. Wenn es die Stunde erforderl, werden wir Euch rufen. Die Eisenbahner beschlossen eine Resolution, in der es heißt: Wenn von irgend einer Seite gegen unsere demokratische Republik ein Schlag geführt werden sollte, dann werden die Eisenbahner in den Reihen jener zu finden sein, welche für den Bestand der Republik alles zu opfern bereit sind.

Die Presse der Tschecho-Slowakei einmütig gegen die Rückkehr Kaiser Karls.

U. Prag, 31. März. Sämtliche Prager Zeitungen, die deutschen sowohl wie die tschechischen, nehmen in energischer Weise Stellung gegen den Staatsstreichversuch des Exkaisers Karl. „Westo Slovo“ meint, eine diplomatische Aktion genüge in diesem Falle nicht, es werde vielleicht ein militärisches Einschreiten notwendig sein. „Národní Listy“ vermuten, daß die Rückkehr des Exkaisers Karl einen ernsten Hintergrund habe, und daß es sich vielleicht um ein abgekartetes Spiel mit der Regierung Horváth handele. Die in diesen Tagen neu erschienene Tageszeitung „Prager Presse“ schreibt in ihrem Leitartikel, daß die tschechoslowakische Regierung Schritte in Belgrad und Budapest unternommen habe, um eine einheitliche diplomatische Aktion herbeizuführen. Die Westmächte [...] davon unterrichtet, die tschechoslowakische Regierung werde sich mit dem befreundeten Jugoslawien und Rumänien, aber auch mit Italien und Österreich, über die nächsten Schritte verständigen, um mit ihnen gleichartig vorzugehen. Eine gemeinsame Aktion sei bereits eingeleitet. Die Regierung werde zweifellos mit größter Energie vorgehen und mit einem klar festgelegten Programm. Die Aktion wird mit der Entfernung des Exkaisers Karl aus Ungarn in kürzester Frist enden. Auch wenn die schweizerischen Bundesbehörden mit einer Rückkehr Kaiser Karls nach der Schweiz einverstanden wären, dürfte Karl nicht mehr nach der Schweiz, sondern müßte nach einem den Nachfolgestaaten nicht unmittelbar benachbarten Lande gebracht werden.

Das Abenteuer Kaiser Karls „den Alliierten eine Warnung“.

U. Paris, 31. März. Die Nachricht von dem Enttreiben Kaiser Karls in Budapest hat in Frankreich nur mäßiges Aufsehen hervorgerufen. In den Wandergängen der Kammer war von der Angelegenheit heute kaum die Rede. Auch die Presse beurteilt den Vorfall durchaus ruhig, wenn auch hervorgehoben wird, daß dieses Abenteuer den Alliierten eine Warnung sein müsse, namentlich in bezug auf Bayern, wo mit der Möglichkeit ähnlicher Putschversuche zu rechnen sei.

Des Kommunistenpuffches Ende.

Nun hat Deutschland im wesentlichen auch diesen Kampf überstanden. Es ist ja keineswegs zu leugnen, daß die gegenwärtige Notlage unseres Vaterlandes die Haupthilfslab an den immer wieder auftretenden Unruhen trägt. Die unglaublich einsichtlose Haltung der Reaktionäre tut dann das Ihrige, und kommunistische Heizer haben leichtes Spiel bei Erwerbslosen und Ungesetzten.

Eines aber müßte sich jeder Denkende immer vor Augen halten: Einem Kranken macht man nicht dadurch gesund, daß man ihn totschlägt, sondern dadurch, daß man ihm Ruhe und immer wieder Ruhe gönnt, um sich zu erholen. —

Die neuesten Meldungen sprechen nur noch von Ausläufern einer im ganzen erloschenen Bewegung; da und dort sind noch Banden beisammen, die aber nicht mehr an eine Räterepublik denken, sondern an Plünderung und Raub,

Nekrolog Zusammenbruch des Streiks in Remscheid.

U. Remscheid, 31. März. Die kommunistische Streikbewegung ist heute vollständig zusammengebrochen. Da sich gestern abend auch die Mehrheit der Betriebsräte für die Wiederaufnahme der Arbeit aussprachen, blieb der kommunistischen Kampfleitung nichts anderes übrig, als den Streik sofort abzubrechen. Gestern früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Eine Anzahl der Streikenden wurde wegen Tarifbruches restlos entlassen. Diese Leute wollen sich an die Stadtverwaltung wenden, um ihre Wiedereinstellung zu erwirken.

Kampf zwischen Arbeitswilligen und Kommunisten.

U. Duisburg, 31. März. Das Kruppwerk in Rheinhausen war heute morgen der Schauplatz eines blutigen Kampfes zwischen arbeitswilligen Arbeitern und den seit gestern das Werk besetzten Kommunisten, die gewaltsam jede Arbeit verhinderten. Heute morgen 6 Uhr wurde das Eingangstor des

Werkes von einer nach Tausenden zählenden Menge arbeitswilliger Arbeiter gestürmt und die Kommunisten angegriffen, von denen 6 bis 8 verwundet wurden. In den Kampf griffen belgische Besatzungstruppen ein, die etwa 20 Kommunisten verhafteten und sofort abtransportierten. Die Arbeit auf dem Werk ist wieder aufgenommen.

Keine Stimmung für den Generalstreik in Braunschweig.

U. Braunschweig, 31. März. Die Absicht der Kommunisten, die Braunschweiger Arbeiterschaft in den Generalstreik zu treiben, ist fehlgeschlagen. Die Arbeiterschaft ist des ewigen Parteidaders müde und sehnt sich nach Ruhe. Durch Betriebsabstimmungen hat sich die Ablehnung des Generalstreiks fundiert. Eine Mittwoch abend von den Kommunisten unter freiem Himmel veranstaltete Versammlung nahm einen flüchtigen Verlauf.

Streikbesluß einer radikalen Minderheit in den Berliner Elektricitätswerken.

Berlin, 1. April. (Vorwärts.) Gestern nachmittag tagte eine Volksversammlung der in den Berliner Elektricitätswerken Beschäftigten, in der mit 218 gegen 87 Stimmen beschlossen wurde, wegen des gemeinsen Vorwandsloges gegen Salz und um weiteres zu verhindern, sofort in Aktion zu treten, nachdem die Funktionäre den Zeitpunkt festgelegt hatten. Ein Antrag auf Abstimmung in den Betrieben wurde mit 236 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Daraus ergibt sich, daß von den circa 3000 Beschäftigten in den Elektricitätswerken nur etwa 400 abgestimmt haben.

Die Verluste der Schuhpolizei.

Berlin, 1. April. Bis heute hatte die Schuhpolizei bei Unterdrückung der Unruhen 34 Tote und 50 Verwundete, darunter zahlreiche Gewerbeverbündete.

Und ein Kommunist sprach zum Volke.

Dr. L. Nein, der Parteisekretär Schulz aus Stettin ist kein Volkstriibun. Er ist eher einer von den kommunistischen Führern, die nach dem Straßenkampf mit einem nassen und einem halben Auge die Leichen zählen und danach ihre Aussichten auf ein Volkskommissariat abschätzen.

Wer in der gestrigen kommunistischen Volksversammlung etwas von der Bewegung, die in Mitteldeutschland die Arbeiter aufpeitschte, zu spüren hoffte, oder wer etwas erleben wollte wie eine Begeisterung für das kommunistische Ideal, der hätte ruhig zu Hause bleiben können.

Vor teilnahmslosen Gesichtern las der Redner eine Hecke herunter, ohne Sinn und Zusammenhang: Eine Reihe von Geschichten, davon manche wahr, manche falsch, alle aber schief. Zu den Waffen jedoch rief er nicht. Im Gegenteil, die Kommunisten seien doch ruhige Leute, man möge sie nur nicht reizen.

Wäre der Schlageglück, so führen die kommunistischen Führer jetzt als Volksbeauftragte im Auto durch die Gegend; da er aber fehlgeschlagen ist, haben sie nie etwas anderes gewollt als Ruhe und Frieden. Gut, daß man die Leute näher kennt.

Einige Worte dienten zur Erheiterung der Zuhörer, davon ein Großteil bürgerlich war. Wie Rusland die Wohnungsfrage löste, das erzählt man den kommunistischen Gläubigen seit zwei Jahren, daß unterdessen diese Lösung noch bedeutende Fortschritte gemacht hat, das verschweigt man becheiden.

Petersburg hatte im Frieden über zwei Millionen Einwohner. Heute bietet es etwa einer halben Million Obdach, die anderen hat man zur Lösung der Wohnungsnot und zur Behebung der Arbeitslosigkeit auf das Land oder vor die Maschinen geworfen. In den Palästen aber wohnen jetzt — Volkskommissare.

Da die heihersehnte Diskussion ausblieb, so tötete die gute Mutter Langeweile auch diese Versammlung. Sang- und klänglos ging man auseinander.

Der Kulturtag von Dresden

Von Richard Lohmann.

„Arbeiter! Genossen! Haltest euch bereit zur Tat!... Der Angriff der Konterrevolution muß mit dem Gegenangriff der Arbeiter auf der ganzen Linie beantwortet werden. Auf die Schanzen! Rüstet zum Kampf!“ So drohte der Heizer kommunistischer Führer in der vorigen Woche durch das Sachsenland.

Der Befreiungskampf der Arbeitersklasse: ein Kampf um eine höhere Kultur; die Kampfesmittel: die bewährten politischen Kampfmethoden der Sozialdemokratie, insbesondere die praktische Kulturarbeit — das ist der Gedankengang einer Entschließung, die der erste Kulturtag der Sozialdemokratischen Partei zu der gleichen Zeit in Dresden einstimmig annahm.

Zwei Welten! Dort brutale Gewalt, Zertrümmerung, Vernichtung kultureller und wirtschaftlicher Volkgüter und irregelmäßige Massen, die in Verbrennen und Wahnsinn Wege zum Sozialismus zu sehen vermessen. Hier ein geistiges Ringen um eine neue Lebensgestaltung und Kultur, ein Suchen nach den Wegen, die aus geistiger und sittlicher Verwilderung zu einer neuen sozialen und kulturellen Entwicklung führen können.

Der Dresdener Kulturtag wurde durch politischen Hintergrund dieser Tage zu einer machtvollen Kundgebung des Geistes wider die Gewalt; er wäre auch ohne diese unmittelbare Beziehung zur politischen Gegenwart ein Ereignis in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung geworden. Nicht in dem Sinne, daß sich die Sozialdemokratie erst jetzt ihrer kulturellen Aufgaben bewußt geworden wäre. Wer die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung kennt, der weiß, welche Mittel und welche Mühe von jeher auf diese Aufgaben verwandt worden sind. Trotzdem war ein Kulturtag wie dieser erst jetzt möglich, denn Kulturaufgaben, wie sie hier erörtert wurden, treten ja eben erst aus dem Bereich der Zukunftshoffnungen in den Kreis der Gegenwartsarbeit. Mit Recht erinnerte Genosse Weis, als er bei seiner Begrüßungsrede in unübertrifftlicher Braganz die geschichtliche Stellung dieses Kulturtages charakterisierte, an das Marx-Wort, daß sich die Welt immer neue Aufgaben stellt, die sie erfüllen kann.

Wiemals die Neugestaltung unserer Schule schon heute erfüllbar ist, hat die Lehrertagung gezeigt. Sie hat das Problem der weissen Schule und des neuen Geschichtsunterrichts aus jenen Höhen, von denen aus man ferne Ziele

und geschäftliche Zusammenhänge überblickt, herabgeführt zu jenen Niederungen, in denen es gilt, die Hand an den Pfug zu legen und mühsam Stein um Stein zum Bau neuer Häuser zusammenzutragen. Die Art, in der hier die Referenten ihre Aufgabe anpackten und die Fragen zu lösen versuchten, ist allen Teilnehmern ein tiefes Erlebnis geworden, ein Erlebnis der Tatsache, daß die Verwirklichung des neuen Kulturbads nun zu den Aufgaben gehört, die die Welt erfüllen kann und erfüllen wird.

Und das Erfreulichste war, daß jene utopistische Schwärmerie, die nach den Worten von Wels „unbelastet mit der Erdbebenherrschaft der Kenntnis des Details“ ist, jene Verachtung praktischer Reform- und Kleinarbeit, die einst fast Gemeingut eines kulturpolitischen Dissettantismus war, so gut wie gar nicht mehr in Erscheinung trat. Auch die parteiöse Dehnerherrschaft hat sich innerlich freigemacht von kommunistischen Schlagwörtern und unpolitischer Denkungsart, wie sie sich organisatorisch nunmehr nahezu geschlossen auf den Boden der Partei an Stelle einer überparteilichen Organisation gestellt hat. Auch dies sind ja letzten Endes zwei Welten: die kommunistische Predigt von der Schulrevolution, die den zweiten Schritt vor dem ersten tun möchte, Zerrümmerung und Chaos statt organischer Umgestaltung. Als am letzten Tage bei der Debatte um das Schulprogramm das Vereinertum, die Verachtung des Erreichbaren und Möglichen einmal anlangt, da stellte Gen. Heinrich Schulz, der Leiter der Tagung, diesen Gegensatz mit Recht klar heraus. Die Schlussabstimmung, die die weitere Bearbeitung des Referentenentwurfes fast einstimmig den Hamburgern übertrug, war zugleich ein deutliches Urdrücken von diesem Nach-Auditorialismus und einer Vertrauenskundgebung für die Schul- und Kulturpolitik der Partei.

Bei aller notwendigen Beschränkung auf das zurzeit Erreichbare und Mögliche wollen und dürfen wir uns natürlich von unserem Ziel auch nicht um Schrittwerte abdrängen lassen. Wir wissen, daß das sozialistische Bildungsideal und das bürgerliche zwei Welten sind, die eine verschiedene Welt- und Lebensanschauung voneinander trennen. Und wer etwa von diesem bewußt auf praktische Arbeit eingestellten Kulturtag deswegen ein Zurückweichen in den letzten Zielen, ein Kompromiß der Grundzüge erwartet oder befürchtet hatte, der täusche sowohl durch die Resolution zur Frage der weltlichen Schule wie durch die Beratungen der Bildungsausschüsse eines besseren belehrt worden sein.

Auch in der Volksbildungssarbeit macht sich immer klarer die Notwendigkeit weltanschaulicher Einstellung geltend. Die Bildung der Massen wie der Führer kann nur dann Vorbereitung für die Kultur der Zukunft sein, wenn sie selbst auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung erwockt. Die Zusammenarbeit mit den Vertretern bürgerlich-kapitalistischer Weltanschauung und Lebensauffassung wird auch in der Übergangszeit nur in ganz beschränktem Umfange möglich sein. Die Konferenz der Bildungsausschüsse hat aufs neue den Beweis dafür erbracht, daß die Partei bereit ist, die Verpflichtung, die ihr als der Wegbereiterin einer sozialistischen Kultur von der Geschichte auferlegt ist, zu erfüllen.

Der Wille zu einer bewußten Einstellung auf den Sozialismus als auf eine neue Lebensform tritt ganz besonders in unserer Jugendbewegung hervor. Auch hier will es dem fernstehenden Beobachter fast scheinen, als seien die eine Richtung mit ihrer Freude am vollen Erleben ihrer Jugend und die andere mit ihrem Hunger nach Wissen und Erkenntnis zwei verschiedene Welten. Die Führerausprache in Dresden, die den Kulturtag beschloß, hat gezeigt, daß es nicht so ist oder wenigstens nicht so zu sein braucht. Auch jene Jugend, die nach dem Goethe-Wort „Trunkenheit ohne Wein“ lebt will, marschiert mit uns in Reich und Städte, weil sie ihr Leben neu auf dem Grunde des Gemeinschaftsbewußtseins gestalten will. Sie wird der Partei und dem Sozialismus um so wertvoller sein und geben können, je weniger sie jenen „Mechanismus“, von dem einer ihrer jungen Führer am Schlusse ein wenig verächtlich sprach, unterschätzt, je klarer sie bei allem berechtigten jugendeignen und jugendgemäßen Wollen, Sinnen und Drängen, Fühlen und Erleben den Wert auch der Form, der Organisation und des politischen Kampfes wie die Bedeutung theoretischen Wissens erkennen und anerkennen. Nicht zwei Welten sind es, die hier einander gegenüberstehen, sondern zwei Wesensarten, die denselben Kern von verschiedenen Seiten sehen und erfassen möchten.

Wir brauchen hier wie überall Zielweser und Wegdächer. Und damit schließt sich der Ring dieses Kulturtages. Er hat eine Reihe der wichtigsten Gegenwartsanfragen auf kulturellem Gebiete zu lösen versucht — im Hinblick auf das Ziel, auf die Kultur der Zukunft. Er hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, in dieser Zeit von Salz und Brot die geistigen und fittlichen Kräfte unseres Volkes zu erneuern, er hat in den Tagen eines Rückfalls in die Kampfmethode der Barbarei die Wege gewiesen, auf denen die Sozialdemokratische Partei auch weiterhin ihren Zielenzugriffen gedenkt. Zwei Welten: die verhünige Kapitalistische Kultur und die werdende sozialistische Kultur der Zukunft. Zwei Welten aber auch: Der Überglanze an einer Befreiung der Menschheit mit den Mitteln der Unkultur und der rohen Gewalt und das Vertrauen auf die Siegkraft der See.

Der internationale Sozialismus und die Wiedergutmachung.

In Amerika begannen am 21. März drei internationale Arbeiterkonferenzen, nämlich die Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Alle drei Konferenzen haben sich als gleiches Thema die Erörterung der deutschen Reparationsleistung gestellt.

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird sicher das Reparationen und die Sanktionen vor allem das Problem des Wiederaufbaus in Nordfrankreich und Belgien behandeln. Den verschiedenen Landesorganisationen war aufgefordert worden, je einen Delegaten aus dem Baumgewerbe als Sachverständigen zu delegieren. Aus Deutschland waren Wissel, Graumann und der Vorzügliche des Bauteileverarbeitenden Barplow; Frankreich ist durch Jacobson, Damousset, Merle und Berthaud vertreten; Belgien durch De Blomming, Broxon, Lomberet, Mettens und Solier. Von England ist bisher Thomas aus dem Ruhegebiet, wo er eine Vorberatung mit den führenden deutscher Gewerkschaften hatte, angereommen.

Das Industriewirtschaftliche „Bei Gott“ setzt, daß alle nach Empfehlung gesammelten Arbeitervertreter auf den drei Konferenzen den Willen hätten, in den Frieden, die der Krieg gefordert hat, endlich noch immer nicht eingehen zu lassen, die

Arbeiterschaft zu einer Einheit des Wollens und Handelns zu bringen. Das Zusammengehen der internationalen Arbeiterschaft werde nicht nur die anderen politischen Parteien beeinflussen, sondern auch auf die Regierungen einen Druck ausüben, die bisher von einer gerechten und billigen Regelung der Reparationsfrage, wie sie die internationale Arbeiterschaft wünsche, nichts hätte wissen wollen.

Für einen Wiederaufbau durch deutsche Arbeitskräfte.

III. Paris, 31. März. Der Plan, deutsche Arbeitskräfte unmittelbar zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete in Nordfrankreich heranzuziehen, hat nicht die Ablehnung erfahren, die man erwartet hatte. Das verhältnismäßig neutrale Verhalten aller Parteien muß eher als eine Zustimmung aufgefaßt werden. Man sieht auf dem Standpunkt, daß es nur eine Alternative gebe, entweder sofortiger Wiederaufbau unter Herableitung deutscher Arbeiter, oder weitere lange Voraussetzung des Wiederaufbaus. Die Vertreter der verwickelten Gebiete selbst erklären sich für eine deutsche Mitarbeit. Der Wiederaufbauminister Poincaré kommt heute auf den deutschen Vorschlag vom 17. Juni 1919 zurück, gegen den damals allgemein protestiert wurde. Die Verhältnisse hätten sich jetzt geändert, nachdem deutsche und französische Sozialisten in der Schweiz verhandelt und die Deutschen sich zur Annahme gewisser Bedingungen verpflichtet hätten.

Teilnahme der Tschecho-Slowakei an den „wirtschaftlichen“ Sanktionen.

III. Prag, 31. März. Das „Prager Tagblatt“ bringt heute die Meldung, daß beim tschecho-slowakischen Ministerium des Innern eine Note der Entente eingetroffen sei. Die Tschecho-Slowakei möge sich an den Zwangsmahnahmen gegen Deutschland auf geistigem Wege beteiligen. Diese Note, meint das Blatt, weist offenbar den Wunsch, daß ebenfalls in der Tschecho-Slowakei der 50 %ige Zuschlag auf die Preise der aus Deutschland stammenden Waren eingehalten werde, während an die Teilnahme der Tschecho-Slowakei an militärischen Sanktionen nicht gedacht wurde. Eine Antwort auf die Note der Entente sei bisher nicht erfolgt.

Der Generalstreik der englischen Grubenarbeiter.

III. London, 31. März. Der Hauptvorstand der Arbeitsförderung teilte gestern abends dem Arbeitsminister Hornes mit, daß beschlossen worden sei, morgen alle Arbeiter aus den Steinkohlengruben zurückzuziehen, einschließlich der Maschinisten und der Pumparbeiter. Beim vorherigen Generalstreik waren die Arbeiter, die bei den Grubenpumpen beschäftigt waren, an der Arbeit gelassen worden.

Zu der drohenden Krise in der englischen Bergbauindustrie, in der heutige die Entscheidung fallen wird, schreibt der „Daily Herald“: Innerhalb 24 Stunden wird die Aussperrung der englischen Bergleute beginnen, wenn in der letzten Minute kein unerwartetes Ereignis eintreffe. Die Lage ist äußerst ernst. Die Eisenbahn- und Transportarbeiter sind entschlossen, die Bergarbeiter zu unterstützen.

Amerikanische Sensationen.

Der Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten wird natürgemäß einen Wechsel der amerikanischen Politik zur Folge haben. Doch fürs erste weiß man nicht, welchen Kurs der neue Präsident einschlagen wird. Gewisse Fingerzeuge können natürlich in den Reden aus der Zeit der Wahlkampagne gefunden werden, aber was die Ausführung der damals aufgestellten allgemeinen Theorien und vor allem was die praktische Behandlung der Einzelfragen betrifft, so ist man, wenn man Voraussetzungen machen will, fast völlig aufs Blaue angewiesen. Die neue amerikanische Regierungspolitik ist noch nicht festgelegt worden. Präsident Harding ist noch dabei, sie zu erarbeiten, und bevor er bei der Eröffnung des Kongresses am 11. April sein politisches Programm verkündet hat, wird die politische Maschine in Washington kaum in Bewegung treten. Das schlägt natürlich nicht aus, daß gewisse Fragen, deren Erfriedigung oder Weiterbehandlung zu den Aufgaben des Tages gehört, auch von der neuen Administration sofort in Angriff genommen werden. Dazu gehören auf dem Gebiet der Außenpolitik z. B. die innerlich zwischenstaatlichen Fragen der deutschen Kabel, der Insel Yap und gewisser Mandate. Die Willkür der Verwaltung war in diesen Dingen mit den in Frage kommenden ausländischen Regionen in eine Erörterung eingetreten, bis zeitweise den Charakter einer Kontroverse angenommen hatte, und es ist selbstverständlich, daß die Herren Harding und Hughes an der Stelle in den Kämpfen eintreten müssen, wo das Einwirken gernstanden haben. Tatsächlich hat die neue Regierung bereits verkündet, daß sie in diesen Spezialfragen, in denen es sich darum handelt, amerikanische Rechte zu sichern, völlig die Politik der Willkür der Verwaltung fortsetzen werde. Über die große Politik wird, sofern sie nicht zu unmittelbaren Entscheidungen drängt, wie geagt, warten müssen, bis die neuen Herren des Weißen Hauses mit ihren Plänen fertig geworden sind. Man wird deshalb bei uns einstimmen müssen, Rückschlüsse über amerikanische politische Absichten und Handlungen, die noch bestehen kommen, mit großer Vorsicht anzunehmen, umso mehr, als manche amerikanische Zeitungen, die keinen Sinn für Beantwortung haben, im blinden Gressen und in der Verbreitung von Sensationsmeldungen geradezu öffentlichen Unrat treiben. Vor einigen Tagen verbreitete z. B. ein amerikanisches Blatt, das sich in den letzten Wochen schon einige aufsehenregende Schallmeldungen geleistet hat, die Nachricht, das Staatsdepartement habe die verbliebenen Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten alle vorgenommenen Kriegsregelungen und Abmachungen als unnotwendig betrachten müßten, solange Amerika sie nicht bestätigt habe. Diese Behauptung hat bestreitbarweise in England und Preußen nichts Bestätigung gefunden, und so hat einige deutsche Zeitungen dazu verzerrt, aus ihr für Deutschland ähnliche gravierende Folgerungen zu ziehen. Nun demonstriert das Washington Staatsdepartement die Richtigkeit der Darstellung, da der Sachzug möglicherweise mehr sein, als das Staatsdepartement jetzt erkennen lassen möchte. Vielleicht ist im Zusammenhang mit der Sicherung der Kabel, der Insel Yap und der Macht der amerikanischen Seite eine Neuerung gefallen, die Rückschlüsse auf das zu erwartende eigene Verhalten der amerikanischen Regierung erlaubt, aber der Kabel, wie auch manches andere zeigt, mit weicher Wirkung Maßnahmen über die zuständige Politik Amerikas einzuhauen aufzunehmen werden müssen.

Um die Entwaffnung.

Gegenwärtige Opposition der bayerischen Orgeln. Die von der Partei Erklärtung gehaltene Frist für die Entwaffnung der Einwohnerwehren ist gestern abgelaufen. Die deutsche Reichsregierung nahm, nachdem ihre Einwendungen von der Entente zurückgewiesen worden sind und mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages und die internationale Standpunkte ein, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehren richtiggemäß durchzuführen sei. Im ganzen Reihe wird es auch möglich sein, die Frist vom 31. März, die sich auf die schweren Waffen und einen Teil der leichten Waffen bezieht, innerhalb Bayerns in Bezug zu stellen. Um den Widerstand gegen die jetzt fällige Waffenabgabe durch die Einwohnerwehren in Bayern zu beseitigen, unternahm die Reichsregierung am 28. März nochmals durch ein vom Vizekanzler Dr. Heinze veröffentlichtes Schreiben bei der bayrischen Regierung die ersten Schritte. Es führte die Gründe aus, worauf die Reichsregierung eine weitere Durchführung der Entwaffnung der Einwohnerwehren trotz aller Bedenken für notwendig hält, und erachtete die bayrische Regierung dringend, der von verfassungsmäßigen Organen der deutschen Regierung verfolgten Politik, die von allen anderen Ländern einheitlich als notwendig anerkannt worden ist und durchgeführt wird, durch in positivem Mitwirken bei der Entwaffnung die Wahrheit zu erheben, da nach der bestehenden Behördenorganisation die Entwaffnung ohne eine solche positive Mitwirkung der bayrischen Behörden nicht durchgeführt werden könnte. An dem Tage, an dem das Schreiben überreicht wurde, brach der Aufstand in Mitteldeutschland in schwerer Form aus. Die Reichsregierung ließ durch ihren Vertreter der Münchener Regierung sofort erklären, daß die Reichsregierung dieses Aufstandes mit ordentlichen Organisationen, mit der Schutzpolizei und der Reichswehr Herr werden werde, daß also auch die Bewegung eine Zurückhaltung des jetzt fälligen Teiles der Entwaffnung der Einwohnerwehren nach Auffassung der Reichsregierung nicht notwendig mache. Die klügsten Ergebnisse gaben trotzdem, vor allem wegen der vorgetretenen Mängel in der Bewaffnung der Schutzpolizei dem Widerstreben in den vorliegenden Bevölkerungskreisen neue Nahrung. Eine Neuherstellung der bayrischen Regierung liegt noch nicht vor. Die Reichsregierung steht gegenüber der bayrischen Regierung an dem Standpunkt fest, daß eine völlige Waffenabgabe der Einwohnerwehren durchführbar ist und sich dementsprechend auch die durch den Reichskommissar für Entwaffnung erforderlichen Anordnungen weitergeben. Die Mängel in der Organisation der Bewaffnung der Schutzpolizei müssen auch nach der Auffassung der Reichsregierung ausgeschlossen werden, aber dieser verstärkte Schutz ist nicht nur für Bayern, sondern für ganz Deutschland erforderlich. Die Zurückhaltung der schweren Waffen und Maschinengewehre bei den Einwohnerwehren in Bayern ist nach der Auffassung der Reichsregierung kein geeignetes Mittel, um die Auffassung der Reichsregierung ganz Deutschland zu erreichen.

Frauen gegen Kommunisten.

Dresden, 31. März. Ein unerhörtes Verbrechen ist gestern nachmittag von den Kommunisten im Oelsnitzer Kohlebergwerk begangen worden. Gewisselose Täter haben die Kohlefeuer auf den Schächten der staatlichen Gewerkschaft Gottholden und befehlten die Schächte. Wie gemeldet wird, ist die Gefahr auf der Grube nicht unbedenklich, so daß die im Schacht eingeschlossenen Mannschaften erheblich gefährdet sind. Die nächsten und offensichtlichen Folgen dieser Schändenstat war das völlige Versagen der Werksleitung und der Pumparbeiter, so daß die in der Grube eingeschlossenen Bergleute noch nicht zu Tage gefördert werden konnten. Die Regierung hat sofort das Erforderliche zur Rettung der bedrohten Bergleute und Schächte und zur Verhinderung weiterer Verbrechen angeordnet.

Weiter wird noch gemeldet, daß die Werksleitung sofort nach der Befreiung der Schächte die große Sirene erkören läßt und Gefahrensignale gab. Hieraus strömten besonders die Frauen der Bergarbeiter herbei, die eingefahren waren. Diese ergingen gegen die Kommunisten Partei, schlugen sie völlig in die Flucht und räuberten die Werke.

Die Erhöhung der Papierpreise.

Obwohl die Papierindustrie zu denjenigen Industrien gehört, die in den letzten Jahren überaus günstige Ergebnisse erzielt haben, soll jetzt eine weitern ungeheure Steigerung der Papierpreise eintreten, die zu einer schweren Schädigung der deutschen Presse und der Leiter der Zeitungen führen würde. Wegen dieser Absichten haben die Vereine Deutscher Zeitungsverleger auf einer am Mittwoch in Hannover abgehaltenen Tagung Einspruch erhoben und auch gegen die Haltung der Regierung, die diese Erhöhung der Preise zu genehmigen beabsichtigt, kräftige Worte gefunden. Regierung und Reichstag seien verantwortlich für die Folgen der Zulassung von Papierpreisen, deren Unzutrefflichkeit für die Presse von vielen Fabrikanten selbst anerkannt werde. Mit der Beinträchtigung der Presse sei verbunden eine Arbeitslosigkeit im Zeitungsgewerbe, für die sie die Verantwortung jedenfalls einer Regierung zuweisen, die sich zuvor von der Notwendigkeit überzeugen läßt, den Papierfabrikanten neue Millionen zuzuführen, für die Presse aber so wenig Verständnis hat, daß sie die Folgen dieses Verfahrens nicht voraussehen.

Was erreichen werden die Zeitungsverleger mit diesem Projekt nicht? Auch wenn es gelingen sollte, die Papierfabrikanten vorläufig zu einer Ermäßigung ihrer Forderung zu bewegen, so wird doch für die Zukunft die Preiserhöhung als ständige Drohung bleiben, und damit bleibt die unsichere Zukunft des Presse ewig bestehen.

Nur ein Mittel kann hier Wirkung entfalten: die öffentliche Bewirtschaftung der Papierindustrie. Gerade die Papierindustrie ist längst deft für die Sozialisierung. Und mit Rücksicht auf die öffentliche Aufgabe der Presse wird auf die Dauer diese Maßnahme sich als unbedingt nötig herausstellen. Wo sollen die Zeitungen die Leiter hernehmen, wenn sie im Interesse der Papierfabrikanten ihren Bezugspreis verdoppeln müssen?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Dank an die Polizeimannschaften.

III. Berlin, 1. April. In zwei fast gleichzeitigen Erlassen an die Oberpräsidialen der Provinzen Sachsen und Westfalen und an den Polizeipräsidialen von Berlin würdigte der Reichskanzler und der Präsident des preußischen Staatsministeriums das tatkräftige Eingreifen der Schutzpolizei bei den jüngsten Unruhen. Sie betonen die vielseitigen Schwierigkeiten, unter denen das Eingreifen der Schutzpolizei erfolgte und danken der Beamtenchaft für die opferwilligen Leistungen, mit denen sie ihr Treueidnis zur Verfassung restlos erfüllt hat.

Deutsche Heimkehrer aus Sibirien.

Hier werden für das zweite Drittel des April deutsche Heimkehrer aus Sibirien erwartet. Sie sollen nach entsprechender Quarantäne in die Heimat versetzt werden.

Oesterreich.

Aufteilung des Donauhafens.

Wie die „Prager Presse“ aus Preßburg meldet, trifft der amerikanische Schiedsrichter Hynes im Laufe des heutigen Nachmittags in Preßburg ein, um eine Studienreise von Preßburg nach Olmütz zu machen, die für die Aufteilung des Hafens notwendig ist. Der Donauhafenpark konnte bisher noch nicht aufgeteilt werden, weil sowohl Oesterreich wie Ungarn behaupten, den größten Umschlag zu besitzen.

Italien.

Die Vorwurfeinschlüsse in Italien.

„Information“ wird berichtet, daß die polizeilichen Nachforschungen anlässlich der Anschläge in Mailand und Florenz ein außerordentlich umfangreiches Ergebnis hatten. Die Polizei sieht einem ausgedehnten Komplott auf der Spur zu sein, das an Orten gleichzeitig zur Ausführung gelangen sollte, aber durch das nicht zeitige Eintreffen der Befehle der Zentralstelle scheiterte. Die Hauptstädteführer standen mit Moskauer Agenten in Verbindung, die, um keinen Verdacht zu erwecken, meistens deutsche oder ungarische Kommunisten sind, die zwar italienisch, aber kein Wort russisch sprechen.

Kleine politische Nachrichten.

Die für den 4. April in Bremen angelegte Konferenz der Gründungsmitglieder, die in gleichem Stil vor kurzem in München tagte, ist auf den 18. April verschoben worden.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 1. April.

Mastlose Demagogie.

Die Kommunisten hielten am Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus eine Volksversammlung ab, in der der adelige Kommunist Herbert v. Malenborg-Röltod über die Vorgänge in Mitteldeutschland sprach. Unstatt des adeligen Röltods war eine andere kommunistische Größe aus Stettin, namens Schulz, erschienen. Wir müssen gestehen: eine schärfere Brände und Feuer, als dieser Heilige, hätte Malenborg über ein anderer Redner auch nicht halten können. Ganz besonders wurde auf dem „Volksboten“ und auf die Sozialdemokratische Losgesklagen, weil sie den kommunistischen Wahnsinn bekämpfen und die Arbeiterschaft vor noch größeren Elend bewahren wollen. War es schon ein großes Verbrechen an der Arbeiterschaft, diesen straflosen Putsch anzutreten, so ist es ein noch größeres Verbrechen, heute, nachdem der Zusammenbruch und die Auflösungsfähigkeit dieses Putschs klar erwiesen ist, für diesen Wahnsinn neue Propaganda zu entfalten. Unerhörte Heile gegen die Sozialdemokratie, Proklamierung des Generalstreiks zur Rettung des gescheiterten Unternehmens in Mitteldeutschland, das waren die beiden Hauptaufgaben, wofür der Redner sich mit ganzer Lungenkraft verzögert einsetzte. Das war jedoch dem von früher her belannten Kommunisten Kuhle zu bunt. Er konnte es nicht unterlassen, den Zwischenzusammenhang zu machen: „Die Bewegung in Mitteldeutschland ist bereits gescheitert.“ Kruse führte zur Gründung seiner Ansicht später aus, daß er aus Erfahrung kenne, daß er im Vorjahr die Bewegung im Ruhrgebiet mitgemacht habe. Es dauerte lange Zeit, bis der Referent die Antwort auf diesen Zwischenzusammenhang fand. Schließlich erklärte er, die Bewegung ist nicht verloren, wenn die Unterstützung einsetzt. So arbeiten die kommunistischen Führer. Von Verantwortungsgefühl besitzen sie keine Spur. Mit den niederrädrigsten und verwerflichsten Mitteln verjüngt man die Massen aufzupeitschen. Wenn die Geschichtslehrerin dann losgeht, drückt man sich und bringt sich in Sicherheit. Geht die Sache aber schleif und werden in verbraucherischer Weise Menschenleben geopfert, dann hat man nichts gesagt, sondern schließt anderen die Schuld zu. Das ist die Methode der Kommunisten und so arbeitete auch der Referent in der Versammlung. Obgleich er fortgesetzt zur Unterstützung der Bewegung aufrief, so wollen dennoch die Kommunisten die Bewegung nicht einfach haben. Nein, in der Karfreitagswoche, die vielen Revolutionären heldig ist, wie Schulz so schön sagte, würden die Kommunisten niemals losgelassen. So wahnsinnig wären sie denn doch nicht, wie die Rechtssozialisten sie hinstellten. Wie der Fuchs seine Spur verwischt, so verlängern die Kommunisten jetzt alles, was ihre führenden Blätter noch vor einigen Tagen geschrieben haben. Die „Hamburger Volkszeitung“ schrieb am 28. März u. a.:

Auf die Schanzen!

Die Seiten des Wartens sind vorbei. Durch ganz Deutschland von der Kaiserfalte bis zum Silberne erhebt sich brausend die Woge des revolutionären Kampfes. Wir, die wir seit mehr als zwei Jahren auf diese Stunde des Märktummes harrten, werden in der Feuerprobe unsern ehemaligen Willen zur Tat befunden. Vorbei die Phrasen und die Diskussionen! Vorbei alles, was Ballast im Kampfe ist! Sungproletariat, in die vorbereite Reihe der aufzuhaltenden Schlachtkräfte! Sturmtrupp des deutschen Proletariates, mit der Waffe in der Hand folgt das Schmatzerey aufs Haupt. Rote Garde der kämpfenden Arbeiterschaft, heran an die weiße Bestie! Heran an die Konturrevolution! Haust aufs Augel! Knie auf die Brust! Für die Weltrevolution! Für Soviet-Ruanda!

Mit welchen unerhörten Verleumdungen der Redner seiner Partei, dafür zwei weitere Dinge besonders interessierende Beispiele: Genosse Mehllein soll im vorigen Jahr beim Kapp-Putsch von der Kapp-Regierung zum Vertrauensmann eingesetzt worden sein. Und dieser Vertrauensmann der Kapp-Regierung ist heute, so hörte der Demagog mit höchster Entrüstung, noch in Amt und Würden. Das Mehllein und der gesamte Senat dieses Unsinnes scharf zurückgewiesen haben und mit aller Entschiedenheit für die rechtmäßige Regierung eintreten, unterdrückt der Redner. Genosse Stellin soll als Minister in Masselburg beim Kapp-Putsch nichts für die Arbeiter getan, sondern eher die Kapitäne unterstützt haben. Das, die Rebellen Stellung neben anderen Mästern gefangen ließen, versteckt der kommunistische Held natürlich. Eine niederrädrigste, verlogene Kampfweise ist wohl nicht möglich! Die Ermordung des Arbeiters Jahnke durch Kappisten in der Sandküche bei Grevesmühlen wurde nicht den Kapp-Verbrechern, sondern dem demokratischen System zur Last gelegt. Wir können die Kappisten ebenfalls von rechts bekämpfen, mit denen sie häufig Arm in Arm gehen und gemeinsam Frankreich feindlich schlagen wollen. Wir erinnern an München. 2000 Menschen sollen nach Angabe des Redners in Mitteldeutschland hingerichtet sein. Wenn das richtig ist, so wirkt das kommunistische Verbünden um so abscheulicher. Das Blut dieser Proletarier fällt einsam und allein auf die Hörner der unverantwortlichen kommunistischen Führer, die sich rechtzeitig keine Gedanken, um so mehr aber immer noch die Massen zu neuen Blutvergängen aufzuhetzen versuchen. Aber was sind 2000 Menschenleben für einen echten Revolutionär, wenn in Russland Hunderttausende hingerichtet werden. So arbeitet man der Reaktion immer mehr in die Hände und bereitet den Erfolg der Rechtsbolchevisten vor. Das kann und darf die Arbeiterschaft nicht dulden aber gar mitmachen. Zugleich aber, der unerträgliche Gründer der R. R. R. D. hat recht, als er zu Beginn des Krieges folgendes in einer öffentlichen Erklärung schrieb:

„Irrsinniges Verbrecher, die sich Kommunisten nennen, haben durch Überbelastung der im revolutionären Seelen üblichen Radikalmethoden den Tod zahlreicher Menschen verhängt. Die R. R. R. D. hinter diesem Namen ist als Spartacus versteckt, hat noch nie den Krieg gehabt, sie als kommunistisch zu bezeichnen. Es genügt nicht bloß verbrecherischen Gesichtspunkten letzten, müssen wir für die sozialdemokratische Fraktion einstehen.“ Was dieser Behauptung steht man in meinen Meinungen die ganze Ausbildung des Spartakus entgegen. Diese geben mir aber einer falschen Hoffnung hin, wenn sie glauben, ihre weiteren Methoden müssen unter einer menschlichen Formen leben zu können. Die Politik der Kommunisten

Elemente allein zu lassen, sondern sie müssen auch die Verantwortung tragen müssen, und zwar vor den organisierten Arbeiterschaften selbst. Die verbrecherischen Elemente haben zur revolutionären Tat aufgerufen. In der gegebenen Situation, im Augenblick ist nur eine revolutionäre Tat möglich und das ist: die revolutionäre Justitia an diesen Saboturen und Mordbunten der Revolution!“

Zum Schlus wolle ich folgende Worte aus der „Freiheit“, dem Centralorgan der Unabhängigen, wiederholen:

„Kommunismus, Sozialpolitik und Verbrechentum haben sich so zu einer schändlichen Dreiecksbeziehung vereinigt. Verbrecher, Kommunisten und Sozialpolitiker sind in steter widrigem Verhältnis miteinander und da ist es unerhört, daß die „Rote Fahne“ mit ihrer Heile fortsetzt und sich mit dem Lumpenproletariat sozialisiert. Das darf die Arbeiterschaft nicht dulden. Geschlossen muss sie den kommunistischen Wirkköpfen entgegen treten.“

Diese Ausführungen treffen den Nagel auf den Kopf. Wer den Vorstand noch nicht völlig verloren hat, muß den kommunistischen Wählern erlauben und wird den Verbrechern keine Gefolgschaft leisten. Lebtag wird uns versichert, daß der Redner Schulz in Wirklichkeit ein ganz anderer ist, wie es ja die Herren belieben, unter anderer Firma zu reisen. Nächstens wollen die Kommunisten ihre Agitation auf das Landgebiet verlegen. Dabei wird auch der Mortizkasten Burmeister keine von Mostau diktierten Reden preisgeben.

Eine Erwerbslosenversammlung

Tags heute vormittag im Gewerkschaftshaus, die nur von rund 200, zum Teil jugendlichen Personen besucht war, was einige Redner belogen. Es wurde über die Erwerbslosenbewegung, insbesondere über eine förmlich stattgefundenen Konferenz der Erwerbslosenräte berichtet. Auch der Aufruf der Erwerbslosen, der, wie betont wurde, seine kommunistische Macht sei, wurde mit beprochen. Die Berlin enthaltene Forderung, den verarbeiteten Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 600 M. und den ledigen 400 M. zu gewähren, wurde besonders propagiert. Der Kommunist Schulz a. Stettin, der am Donnerstag abend seine Brandrede in der Volksversammlung hielt, verlautete auch hier mit vielem „Wenn“ und „aber“ seine Heilslehre. Er brandmarkte, daß nicht einmal die Unabhängigen auf den Aufruf geantwortet hätten, sprach viel vom revolutionären Proletariat und verlangte schließlich die Übernahme der gesamten Produktion durch die Arbeiterschaft. Wie in anderen Städten, so wurde auch hier den Erwerbslosen empfohlen, geschlossen in die Betriebe zu marschieren und ihre Einstellung zu verlangen. Arbeiterschaftslösungen müßten dadurch verstärkt werden, daß die gesamten Arbeiter des Betriebes eigentlich die Arbeit einstellten. — Wenn die Erwerbslosen auf die Erfüllung dieser Forderungen warten sollen, können sie lange laufen. Das Arbeitslosenproblem ist gewiß ein bitter ernstes Problem; von Zukunftshoffnungen und Zukunftsvorstellungen aber wird niemand lachen. Nebenbei wurde läufig auf den „Volksboten“, auf die Partei- und Gewerkschaftsführer geschimpft, weil sie die Arbeitslosen nicht, wie die Kommunisten, das Blaue vom Himmel herunter versprechen, sondern auf dem Boden der realen Tatsachen stehen. Kruse verzweigte mit seiner Lönwinstimme seine funktionslosen kommunistischen Ansichten. Die Ausführungen der übrigen Redner waren zumeist Klage, sie über die Not der Erwerbslosen. Die am Schluß der Versammlung geplante Demonstration scheiterte an der ungenügenden Beteiligung.

Aus der Fraktion Coleman.

Eine „begeisterte“ Versammlung hielt der Neue Haus- und Grundbesitzerverein ab, in der sich die sonstigen Befürworter der Mietstellenregelungen für Steuervermeidung aussprachen. Tonangebend war die von allen politischen Parteien abgelehnte Fraktion Coleman, die mit dem heutigen Tage zwei Tageszeitungen besitzt, um den Kampf gegen die sozialdemokratische Bürgerschaftsmeinhaltung aufzunehmen. Die begeisterte Klasse läuft sich die Verunglimpfung des Gegners schon etwas kosten, denn sie spekuliert nach alter Gewohnheit darauf, daß sich ihre Reklame zur Verdummung des Volkes bezahlt macht — wenn sie wieder die erste Geige spielen kann. Aber noch hängen dieser Verbringung betrübter Vorsichter die Trauben etwas zu hoch und es wäre ihr auch zuviel der Ehre anzutun, wollte man ihr mehr Bedeutung zuschaffen, als sie in Wirklichkeit besitzt. Deshalb wird außerhalb des Kreises kleinlich Interessierter die überwiegende Mehrheit der Lübecker Bürger wie die Bürger Lübeck auch das Mietrauensproblem zu ertragen wissen, das im Auftrage der Fraktion Coleman dem kleinen Parlament von der Versammlung ausgesprochen wurde. Denn es liegt in erster Linie auf dem Kerker der lett der Revolution stattgestellt. Lassen wir die Rechts für uns!

Ihnen dauernd der Zustand des Rechts schon viel zu lange, denn sie sind im Unrecht groß geworden, haben daraus ihren Nutzen gezogen und können die fixe Idee nicht loswerden, daß sie ihre früheren Vorrechte auf alle Fälle wieder etwähren möchten. Aus diesen Erwägungen heraus ist die ganze Rederei in der Haus- und Grundbesitzerversammlung zu verstehen und zu würdigen. Unter den geforderten unpolitischen Zusammensetzung der Bürgerschaft versteht die Herrschaft nichts anderes als eine solche zum Schutz des Geldsacks.

Man lief in der oben erwähnten Versammlung gegen das Notdienstengesetz Sturm, verdonnerte die Sozialisierung des Hauses und wünschte vor allem die verbotenen Zwangsmassnahmen zum Schutz der Mieter zum Teufel. Und dann wird ausgerechnet, daß die Einigungsänderung Mietverträge verschlingen, die — die fouragierten Hausschäfer am besten selbst in die Tasche stören könnten. Wir lassen bei unserer Kritik wie stets die Welsche eines kleinen Eigentums selbstverständlich aus dem Spiel. Denn den müssen von Ihnen ist es wohl noch nicht klar geworden, daß sie sich vor einen Kettner spannen lassen, der in einer ganz anderen Richtung gezogen wird, als sie ahnen. Das Mietgemeinwohl bildet für den großkapitalistischen Sprachgebrauch nur ein Metamittel, das bei der ersten Stadtreise wieder auseinanderreißt. Und die Fraktion Coleman, als deren Wortführer Dr. Heilker fungiert, ist an fast schon brüderlich, ehe sie reicht auf den Plan tritt. Dr. Heilker, selbst ein junger Herr, beschwerte sich über die Wohlhabenheit und Jugendlichkeit der Bürgertum in den Einigungsämtern und kann sich selbstverständlich auch nicht für Mieträte begeistern. Alles, was der Eigentümlichkeit der Hausherrn und Haushäusler zuwidert, steht außerhalb des Programms der Fraktion Coleman.

Anerkannt wurde von einem weiteren Redner, daß Lübeck bestrebt gewesen ist, die Wohnungsnot zu lindern, aber trotzdem sei alles vergleichbar. Früher war es weit besser. Als damals die jetzt sozialpolitisch rechte Fraktion Coleman unter dem Siegel Vaterstädtischer Verein den Ton angab, summerte sie sich nicht im geringsten um die Forderungen der Sozialdemokratie nach städtischem Wohnungsbau. Gewiß ist es richtig, daß die Errichtung der Grund- und Gebäudesteuer die Mieter in erster Linie trifft und wir wissen auch, daß es für alle ausnahmslos eine neue schwere Last bedeutet. Aber wir lassen auch soviel Vertrauen auf deren Einsicht, daß sie im Interesse der Allgemeinheit gewillt sind, um der Linderung unseres elenden Wohnungsmarktes mitzuwirken. Wenn sie auch über die Art der Abgabe streiten läßt, so kommen wir ohne Mitwirkung der Gesamtheit, ohne soziale Gemeinschaftsgefördigung nicht aus dem Elend heraus. Die Vorräte, die Bürgerschaft lasse sich nicht von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten, müssen wir für die sozialdemokratische Fraktion einstehen.

Das dieser Behauptung steht man in meinen Meinungen die ganze Ausbildung des Spartakus entgegen. Diese geben mir aber einer falschen Hoffnung hin, wenn sie glauben, ihre weiteren Methoden müssen unter einer menschlichen Formen leben zu können. Die Politik der Kommunisten

— und die Generalanzeigerpreise unterstützen sie — ist ja allgemein bekannt. Zu bestimmten Zeiten werden bestimmte Forderungen in die Welt geschleudert, in diesem Falle die Miete- und Wohnungsfrage, und dann wird der Schimmel so lange geritten, bis man glaubt, im Sattel zu sitzen. Aber die Lübecker der Coleman-Fraktion werden noch ihr blaues Wunder erleben. Denn wer etwas weiter denken kann, wird ihrer Richtung und Interessenpolitik nicht folgen.

Zum Streit der Wäschereien und Plättlerinnen. Auf Grund der eindrücklichen Lohnverhältnisse in den heisigen Wäschereien und Plättlerinnen (der Stundenlohn betrug bis zum 1. Dezember 1.40—2.00 Mark, vom 1. Dezember 20 Pf. mehr) wurde der Sozialtarif am 31. Januar 1921 gefordert. Zum 1. März sollte ein neuer Tarif in Kraft treten. Alle Forderungen und Bitten um Unterhandlungen wurden von den Unternehmen mit dem Hinweis platt abgelehnt, nichts bewilligen zu können. Erstklassen erhielten anfangs Februar ein Notiz im heisigen Generalanzeiger, bezeichnet: Tarifwidrigkeit. In dieser Notiz wurde gesagt, die Wäschereien und Plättlerinnen hätten erst am 1. Dezember eine Lohn erhöhung bekommen, wohlwisslich aber verschlagen, zu welch horrenden Lönen man sich aufgeschwungen habe; nämlich zu 1.60—2.20 M. die Stunde. Außerdem wurde behauptet, daß die Mindestleistung der Plättlerinnen ganz erheblich zurückgegangen sei. Dabei wurde wiederum verschwiegen, daß das nicht den Plättlerinnen in die Schuhe gestoßen werden kann, sondern mehr den primitiven Einrichtungen sowie anderen technischen Schwierigkeiten zugeschrieben ist. Eine Richtigstellung unsererseits wurde von dem „unparteiischen“ Generalanzeiger nicht aufgenommen. Da bis Mitte Februar keine Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu erreichen war, wandten sich die Arbeitnehmer an den Schlichtungsausschuß mit der Bitte, einen Schiedsentscheid zu fällen. Die Forderung betraf für alle in Betracht kommenden Arbeitnehmer eine Erhöhung des Stundenlohnes um 60 Pf. Diese Forderung wurde vom Schlichtungsausschuß als nicht zu hoch eingesehen und den Arbeitern am 8. März angesprochen. In einer Versammlung am 8. März lehnten die Arbeitgeber den Schiedsentscheid ab mit der Begründung: das Schiedsgericht sei nicht vorchristlich befähigt gewesen. Am 22. März sprach der Schlichtungsausschuß den Arbeitern die Forderung wiederum zu. Die Arbeitgeber lehnten die Zahlung auch diesmal ohne jegliche Begründung ab. Darauf haben die Plättlerinnen am 20. März entschieden, in den Streit zu treten. Es zeigte von sehr wenig sozialem Verständnis der Herren Wäschereinhaber, wenn sie glauben, daß eine Arbeitnehmer mit einem derartigen Lohn ihr Auskommen finden kann. Diese langt nicht einmal für den allernotwendigsten Lebensunterhalt. Woher sollen die Arbeitnehmer das Geld nehmen für Kleidung, für Schuhe, für Witze, für Fettung? Gar nicht zu denken an Unterhaltungs- und Bildungsmittele. Die Arbeitnehmer der Wäschereien und Plättlerinnen sind am 31. März in den Streit getreten und erwarten von ihren Wäschereihabern sofort Solidaritätsgeföhrl, daß sich niemand dazu herstellt, Streitbrecherdienste zu leisten. Eintig und geschlossen wollen wir den uns aufgezwungenen Kampf aufnehmen. Durch Kampf zum Sieg.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Berband, Kästle Lübeck.

Von heute ab erhöhte Briefporto! Wir bitten zu beachten, daß ab 1. April Postkarten im Ortseverkehr wie bisher 80 Pf. im Fernverkehr daagigen 40 Pf. kosten. Briefe kosten im Ortseverkehr wie bisher 20 g 40 Pf., über 20 bis 250 g 60 Pf.; im Fernverkehr bis 20 g 60 Pf., über 20 bis 100 g 80 Pf., über 100 bis 250 g 120 Pf.

pd. Ein berüchtigter Einbrecher entwich. In der Nacht zum 31. d. M. ist der berüchtigte Ein- und Ausbrecher Kardel, geboren am 28. Juni 1898 in Soltau, Kreis Bremen, der am 1. Februar hier unter dem Namen Wilhelm Meising festgenommen war, aus einer Gefangenenzelle des heisigen Allgemeinen Krankenhauses ausgebrochen und durch die Flucht entkommen. Kardel hatte keine wiedergewonnene Freiheit sofort dazu benutzt, in der Kahlhorststraße einen Einbruchdiebstahl auszuführen, um sich in Bremen wegen Raubes zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt zu haben und erhielt darauf in Kiel eine Zuschlagsstrafe von 2 Jahren Zuchthaus wegen Einbruchdiebstahls. Wegen eines Seinschabens, der auch hier seine Überführung in das Krankenhaus verhinderte, wurde der verurteilte Kardel seinerzeit dem Krankenhaus in Kiel überwiesen. Nachdem ihm von dort die Flucht geprägt war, wurde er nach Begehung eines neuen Einbruchdiebstahls in Ohrensöhl damals mit einem Komplizen auf dem Bahnhof Bahnhof festgenommen.

Angrenzende Gebiete.

Mölln. Radikalischer Überfall. Auf der Straße zwischen Schwarzenbek und Mölln wurde ein Hamburger schwer verletzt und bewußtlos aufgefunden. Der Verletzte war von drei Burschen niedergeschlagen und ausgeraubt worden. Den Banditen ist eine Brieftasche mit 10.000 Mark Inhalt, eine Börse mit Kleinred und eine Uhr in die Hände gefallen. In der Brieftasche befanden sich Ausweispapiere auf den Namen Seemann. Die Täter sind in der Richtung Hamburg entkommen.

Hamburg. Die Beerdigung von Opfern des kommunistischen Unfalls vom 28. März fand Donnerstag morgen auf der Begräbnisstätte der Revolution in Ohlsdorf statt. Von der sozialdemokratischen Partei wohnten 8 Vertreter der Beisetzung bei. Kein Gutmann und Thälmann hielten höfliche Reden. Die Gutmann, die am tollsten zur Gewalt ausgerufen hatte, lehnte jede Schuld an dem Ende der ungünstlichen Opfer ab und erklärte, daß ihre Partei eine Gegnerin jeder Gewalttat sei. Im nächsten Zug aber bedauerte sie, daß die Regierung die Arbeiterschaft entwaffnet habe und diese darum sich nicht wehrte könne. Peitsche Angriffe auf die Regierung und die Sozialdemokratische Partei sowie die Aufforderung an die Angehörigen der Burschenschaft, sich der DRPD anzuschließen, bildeten den Schlußreden der ersten „Trauer“-rede. Eine Wahlrede hielt dann noch Thälmann. Auch ein Lübecker wohnte als Vertreter der Kommunisten der Beisetzung bei.

Hamburg. Die Bedingungen für die Wiederannahme der Arbeit auf der Vulkanwerft wurden am Donnerstag in einer Metallarbeiterversammlung bekannt gegeben. Sie lauten: Die Arbeiter müssen sich zunächst einmal verpflichten, sich jeder politischen Tätigkeit innerhalb des Betriebes zu enthalten. Es dürfen keinerlei Anschläge und vor allen Dingen keine Belästigungen irgendwelcher Art weder im Werk selbst noch an den Ausgängen von den Arbeitern verbreitet werden. Die schwarzen Tafeln dürfen nur für Bekanntmachungen der Direktion benutzt werden; auch ist das Abhalten von Betriebsversammlungen sowohl innerhalb der Arbeitszeit, wie auch während der Pausen ohne Genehmigung der Betriebsleitung nicht gestattet. Auch behält sich die Direktion das Recht vor, diejenigen Arbeitnehmer vor der Wiedereinstellung auszuführen, die durch Verhale zur Säuberung des Betriebes beigetragen haben. Es wurde ferner mitgeteilt, daß bei einer Revision des Betriebsvertrags eine große Anzahl von Munition und Waffen von gefunden wurde, so daß noch eine Revision der Niederschriften durch die Meister stattzufinden hat. — Nach längerer Diskussion wurde mit allen gegen jede Stimme die sozialen Bedingungen angenommen. Die Einstellung erfolgte zur Hälfte am Donnerstag und am Sonnabend, und zwar wird an diesen beiden Tagen je die Hälfte der nichtentlassenen Arbeitnehmer wieder eingestellt.

Berantoorlich: Ihr Politik Dr. G. Beber, für die Radikal-Fraktion Lübeck und Bevölkerungsschule, für Wärde und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Wärde und Gewerkschaftsbewegung Steinberg Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Manz & Co. Büffel in Lübeck.

Bei

Karstadt

„Für habes Geld“

(Billiger als heutiger Herstellungspreis!)

Mengenabgabe vorbehalten! Umtausch ausgeschlossen!

SERIE I	SERIE II	SERIE III	SERIE IV	SERIE V	SERIE VI	SERIE VII
Kinderstiefel, in verschiedenen Ledersorten, strapazierfähige Ware, Größe 31-35... 49,- Größe 27-30	Kinderstiefel, vorzgl. Qualitäten, starke Lederaufsohle, u. -Brandsohlen, Größe 31-35... 59,- Größe 27-30	Kinderstiefel, verschied. feine Ledersorten, vorzügliche Verarbeitung, Größe 31-35... 63,- Größe 27-30	Burschenstiefel, starke strapazierfähige Qualität, Leder-Brandsohlen und -Laufsohlen, Größe 36-39	Burschenstiefel, besonders stabil, Derby-Schnitt, Leder-Brandsohlen und -Kappen, Größe 36-39	Damenstiefel, verschiedene Ledersorten und Ausführungen, hältbare Qualitäten, Größe 36-39	Herrenstiefel, besonders derbe Qualität, Kernlederabsätze, Brandsohlen u. Kappen
46	55	58	59	65	66	99
M	M	M	M	M	M	50

Fabrikate erster Firmen, Rahmenarbeit (Goodyear Welt)

Damenhalbschuhe, Chevreau und Boxkalf, mit u. ohne Lackkappe, hochmoderne Formen

138,-

Damenstiefel, diverse feine Ledersorten, Derby-Schnitt, entzückende Ausführungen

162,-

Herrenstiefel, Lack, Boxkalf und Chevreau, verschied. Macharten, aparte Formen

165,-

St.-Gertrud-Liedertafel.

Einladung zum

Frühjahrsball

am Sonnabend, dem 2. April 1921
im Neu-Lauerhol.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Gledermanns

April 1921.

Gastspiel

Gebrüder Wolf

?????

Thea Rüdiger = 2 Ewos 2
Carla Meding = Eric Ferd. Stein
3 Philippes 3

Anfang 8.30 Uhr.

(15)

Technisches Personal des Mfg. Krackenhauer.

Am Sonnabend, dem 2. April 1921

Großer Frühlingsball

mit Theateraufzüge und Gesang im Lokale Adlershorst.

Anfang 7 Uhr.

Ende 11

Das Festkomitee.

Heute Freitag 8 Uhr
großer Skatabend

im Restaurant von
Friedr. Schröder,
Dankwartsgrube 12. (23)

Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Berfeierlung

der
Elektriker

am Sonnabend, dem 2. April

abends 7½ Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

59) Die Ortsverwaltung.

Hotel Lübecker Hof

Bad Schwartau.

Sonntag, den 23. April 1921:

Großes Konzert

mit nachfolgendem Ball

ausgeführt vom

Bandenion-Club Gut Son, Lübeck.

Konzertanfang 5 Uhr. Anfang des Balles 7½ Uhr.

Herrentrete 4.—M., Damestrete 3.—M.

Hierzu lädt freundlich ein

Der Vorstand.

Kolosseum
Ball

Seien Mittwoch und Sonnabend
Anfang 4 Uhr
Bekannt Ende.

Ab heute bis einschl.
Donnerstag:
Ein Meisterwerk deutscher Filmkunst
Margarete 5 Akte

Motto: Es ist ein altes Lied von Leid und Leid,
Doch bleibt es ewig neu,
Und wenn es just passiert,
Dem bricht das Herz entwei.

Die Geschichte einer Gefallenen, nach dem weitberühmten Roman von
Marie von Ebner-Eschenbach. In ergreifenden Bildern zeigt dieser Film
die Tragödie einer Berghänten. Die meisterhafte Regie eines Friedrich
Zelnik sowie das glänzende Spiel der Hauptdarstellerin stempeln diesen
Film zu einem Schlager ersten Ranges.

Gesangseinlage gefungen von einer ersten Künstlerin.
Gegens für den Film zusammengestellte
Begleitmusik unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Pukat.

Außerdem:

Hansis Doppelgespann

Kunstspiel in 2 Akten.

Umfangszeiten: Werktag 4 u. 7 Uhr. Sonntags 4. 6 u. 8 Uhr.

Königstraße 25. Königstraße 25.

Stadthallen - Lichtspiele

Vom 1.-7. April 1921:

„Arme Violetta“

Drama in 4 Akten mit Pola Negri.

„Geschwister Barelli“

Eine Zirkusgeschichte in 5 Akten.

„Baby auf Reisen“

Kunstspiel in 2 Akten.

Preis-Skat

Sonnabend, den 2. April
7½ Uhr (52)

Rest. Jürß, Engelsgr. 59

Sozialdemokratischer
Verein Lübeck.
Ortsgruppe Moisling.

General- Versammlung

am Sonnabend, d. 2. April,
abends 8 Uhr,
im Kaffeehaus Moisling.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1921.

2. Vorstandswahl.

3. Waisenfeier.

4. Verschiedenes.

Jahresreiches Erscheinen erwartet

47 Der Vorstand.

General-
Versammlung

am Sonnabend, d. 2. April,

abends 8 Uhr,

im Kaffeehaus Moisling.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1921.

2. Vorstandswahl.

3. Waisenfeier.

4. Verschiedenes.

Jahresreiches Erscheinen erwartet

47 Der Vorstand.

Hansa-Theater

Heute (Ab. Serie 1) sowie

Sonntag 7½ Uhr: (81)

Der neue große Schlager:

Die Kleine Hoheit.

Operette in 3 Akte. v. Knopf.

Sonnabend 7½ Uhr:

Die Faschingsfee

Stadttheater Lübeck.

Freitag, Wohlt. D und 16.

Vorst. i. Opern-Abend. Wohlt.

heme. 7.30.

Freitag: Kammerstücke.

Wohlt Abend, hierauf folgt

Chens Geburtstag. 7.30.

Sonnabend: Wohlt. D und 16.

Vorst. i. Schausp. Ab.

Hochzeit auf Wilsenstein.

(Uraufführung) 7.30.

Sonntag: Wohlt. für den

Arbeiter-Bildungsverein

Doppelheldentheater.

Anfang 8 Uhr.

Wigand. Anfang 7.30.

Sonntag: Kammerstücke.

Wohlt Abend, hierauf folgt

Chens Geburtstag. 7.30.

Montag: Symphonie-Kon-

cert. 7.30 Uhr. 24

April.

Schäle mir nicht den April,
Der weiß schon, was er will!
Ein wenig ungestüm kommt er gebraust,
Und hält doch Blüten schon in der Faust!
Ein Draufgänger ist's, dem nichts dran gelegen,
Ob Sturm, ob Schnee, ob Sonne, ob Regen!
Denn er kennt sein Ziel, das er sich gesteckt:
Ein Ziel, das Reime und Triebe weckt!
Und was der Sommer dir schenkt in Fülle,
Nimmer wär's da ohn' den April!
Mach's ihm nach: wed' Reime und Triebe,
Zauber Blüten und Kraft und Sonne und Lied!
Mache die Erde vom Winter frei!
Ohne April gäb's nie einen Mai!

Luftlinie.

Weltrevolution.

Ich höre das Wort „Weltrevolution“ und sehe tausende von Menschen, angehörend, die keinen Ausweg aus ihrem düstigen Leben finden, hoffnungsvoll aufzuleuchten.

Ich höre das Wort „Weltrevolution“ und weiß, daß der, der es ausspricht, nur einen funkelnden Glanz, der seinen Ehrgeiz befriedigt, als den Begriff Weltrevolution in der Seele hat.

Ich höre das Wort „Weltrevolution“ und sehe ein unerbittliches, gefühlloses Schicksal, das Millionen Menschenleben, Menschenbild und Menschenwerk in starkem, hemmungslosen Schriftzug vermalmt.

Ich sehe Besitzlose, die die Hände in den Taschen hassen und mit wachsendem Grimm hinüberschauen zu den Schloten und Schächten, in denen sie für langen Lohn ihr Leben verschliefen, die hassen den Blüten hinüberbrochen zu den Wissen berer, die alles das noch bekommen, was durch jahrelangen Kriegswahnwitz so verschuldet ist bis auf weniges, das die Besitzenden aussaugen.

Ich sehe die Millionen Menschen in Massenquartieren neben stillliegenden Fabriken hungern und frieren; ich sehe die Bauern ihre Ernten so teuer wie möglich verkaufen und die Gesichter in Mut verzerrten, wenn ihnen der Staat für weniger Geld ihr Korn weghebt, um die hungernden Mäuler der großen Masse zu stopfen.

Ich sehe, wie ehrgeizige oder erdenfremde Agitatoren aufpeitschen die Hungernden, ihnen Brot und bequeme, zufriedene Arbeit vormalen, bis sie ihnen zurufen:

„Schafft uns, was ihr versprecht, wir folgen euch, wir geben es!“

Und ich fühle das Misstrauen von Nachbar zu Nachbar schleichen, fühle, wie die Wit, die nicht überlegt, ob sie ihrem Träger gut tut, der blinde Hass größer und größer wird.

Und Besitzende, blind und taub für die Not der Welt, kämpfen erbittert um jeden Heller, den sie abgeben sollen, kaufen sich Stimmen, Beamte, die für ihre Habsüter den Regierenden, die das Volk mit dem Nötigsten versorgen wollen, entgegenarbeiten; jähren so den Hass der Besitzlosen, flechten um ihn die Glorie des gerechten Hassens, jagen sie zu sinnlosem Fäusteherden, zerstreuen.

Sie bricht zusammen, die aus schrankenloser, „freier“ Selbstsucht erbaute Weltordnung, Bürger wütten gegen Bürger, Maschinengewehre rattern in den Straßen, Hungernde plündern die Dörfer, das letzte Saatgut für ihre hungrigen Frauen und Kinder mit sich fortziehend, unwissende und böswillige Hände zerbrechen den feinen Mechanismus der Arbeit und Brot schaffende Maschinen, Stand wütet gegen Stand, Land gegen Land, Seuchen triumphieren über die Menschen, die keine Medikamente mehr schaffen.

„ein einziger Kampf- und Wehgeschrei umschallt jahrzehntelang den Erdball.“

Das ist die Weltrevolution!

So wird sie, gündet die Menschheit in blindem Wüten, natürgetrieben das eigene Haus an.

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komper.

48. Fortsetzung.

Clemens Fittig konnte fortfahren:

„Warum beharre ich auf meiner wahrscheinlich vorgefassten Meinung? Bin ich nicht selbst moralisch, wenn ich daran mit Sicherheit festhalte?

Weil alles, was ich teilweise selbst erlebt, teils durch reißliches Nachdenken in mir gewissermaßen wieder rekonstruiert habe, mich unweigerlich dazu drängt. Und sage ich selbst dort, wo die Männer der Stadt, die Männer meines Volkes stehen, um Recht zu sprechen über diese zwei Kinder... ich könnte nicht anders.“

Für wen? Zu welchem Zweck verwendet der ungeliebte Knabe die Beute, die er in schweigender Nacht der schlafenden Mutter abnimmt? Gleichzeitig es, damit er den Ertrag mit anderen, etwa mit seinesgleichen, verjüngt und vergeude? Nichts von allem! Er behält nichts für sich; er nimmt nur, das er „seine Gespielin“ damit schmückt, damit sie die „Schönste“ sei, und das Geld wirft er in die Schürze der Mutter dieses Kindes, damit sie das verlorene „Gnadendropf“ sich ersehe! Und das sind gerade jene zwei Punkte, auf die man stets zurückkommen muß, will man die Handlungswise Heinis gerecht beurteilen. Warum will der Knabe seine Gespielin schmücken? Weil er alle Erfahrungen seiner Mutterwelt in ihr verkörpern will. In der Einfachheit des mütterlichen Hauses, unberührt von dem Verfehl mit lärmenden Ge- nossen, ist es Fränzchen allein, die seiner glühenden Einbildungskraft beständige Nahrung gibt... Um sie und ihr Wesen schlägt sich sein tiefstes und zartestes Empfinden; sie ist der Mittelpunkt all seines Denkens und Sagens. Von dem Kind geht für den Knaben ein Zauber aus, vor dem alles zurückweicht, selbst das Wort der Mutter, der er — wie sie ja selbst angibt — stets Gehorlam klistete. Aber es war der Gehorlam, welcher schweigt; denn er sieht in seiner Mutter die feindliche Gewalt. Sie gibt ihm nichts; sie entzieht ihm, womit er Pracht und Gewänder um sein Liebtestes auf Erden werfen könnte; sie ist geizig, wie er glaubt. Sie, die Mutter entweicht ihm gleichsam das Schöne, sie zieht es herab in den Staub gemeiner Bedürfnisse, sie will ihm nicht folgen auf die Höhe an seine Schönheit antragen!“

„Lachen Sie nicht, meine Herren! Ich glaube an diesen Schönheitsdrang bei diesem Knaben! Er ist der endlich gefundene Ausdruck seines ganzen Lebens, und er hat so vollständig Besitz von ihm genommen, daß für etwas anderes kaum ein dritter Raum zu finden ist. Wie oft mag dieser Knabe auf das Wort gewartet haben, das allein ihm Erlösung bringen könnte: das Wort seiner Mutter! Es ward aber niemals ausgesprochen! Sie fand es niemals für Sohn! Wenn er bat, lezte sie ihm kalte Bemerkungen.“

Wäre es nicht besser, langsam, erwägend und rechnend umzubauen? Umkrasse jeder sein Eigentum, lasse jeder die Verzweiflung, die Not und den Hunger und sein Haus steigen, besorgend nur, daß er im Trostenden sitze, so kommt die Weltrevolution, wie eine verheerende Flut schwemmend durch die festesten Türen, über die Höhen, die trockensten Plätze.

Weltrevolution? Wenn sie Blindheit der Millionen und Millionen zum Weltbürgertag werden läßt — ein furchtbart hartes Verhängnis — noch furchtbare Zeiten wie die „herlichen Zeiten“ des „Stahlbades“ von vorgestern. Saulus.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Widerstreitende Interessen in der Eisenindustrie. — Die Betriebsunstellung der Hüttenwerke. — Rückgang in der Eisenproduktion. — Kohleimport in Deutschland. — Die Konkurrenz des Auslandes in der Eisenindustrie. — Die alpine Montangesellschaft im Stinneskonzern.

Die Konzentrationsbestrebungen im rheinisch-westfälischen Bergbau- und Stahlwerksbetriebe werden in der Kleineisenindustrie mit einer gewissen Beunruhigung angesehen. Die so-

genannte Vertikalorganisation der Schwerindustrie, die sich aufbaut auf Kohle und Erz, dann zu dem Halbfabrikat übergeht und als Schluss die Industrie der Weiterverarbeitung und Verfeinerung in ihrem Konzern ausnimmt, hat wirtschaftspolitisch vom Standpunkt der kapitalistischen Entwicklung den Vorzug einer gewinnbringenden Rohstoffausnützung, geregelter Absatzverhältnisse und einer Preisbestimmung unter eigener Kontrolle. Die Kleineisenindustrie hat die durchaus begreifliche Besorgnis, was aus ihren zerstückelten Betrieben gegenüber diesen Riesenunternehmungen werden soll. Da kommt zunächst die Stahlversorgung für die Werkzeug- und Kleineisenindustrie in Frage.

Wenn auch für die nächste Zeit nicht anzunehmen ist, daß ein Mangel an Stahl eintreten wird, so ist immerhin damit zu rechnen, daß bei einem eintretenden Materialmangel die großen Konzerne an die Deckung ihres eigenen Bedarfes denken. Das war ja auch der Zweck der Uebung. Viel mehr Bedenken aber macht sich die Kleineisenindustrie darüber, daß die angeschlossene Industrie der verfeinerten Fabrikate Neigung verspüren wird, zur Werkzeug- und Stahlwarenfabrikation im Großen überzugehen, um der alteingesessenen Solinger und Remscheider Industrie, die in der Fabrikationsmethode nicht gerade auf der Höhe steht, in die moderne großkapitalistische Form zu pressen. Die Kleineisenindustrie zählt im Bergischen Land rund 2700 Betriebe mit ungefähr 70 000 Arbeitern. Vor dem Kriege wurde von dieser Industrie 100 Millionen Zentner Eisenwaren ausgeführt. Es handelt sich vielfach um Qualitätsware, die von einer für den Beruf sehr geübten Arbeiterschaft hergestellt wird und in Klein- und Mittelbetrieben auch eine Art Heimarbeit als vorherrschende Betriebsform aufweist. Diese Betriebsform hat sich im zähen Kampf gegen die eindringende Großindustrie noch aufrecht erhalten.

Nicht minder gefährlich für die bergische Industrie muß die Preisbestimmung für Stahl in den Händen der großen Konzerne der Stahlwerke wirken. Ist dieser Konzern geschlossen, so hat er in der Hand, die Preise und Abnahmekonditionen zu dictieren. Die bergische Industrie setzt sich bereits in einem stark aufwärtsgehenden Gesamtverband der deutschen Werkzeug-Industrie, dem die einzelnen Fabrikantenvereine sich angegliedert haben, zur Wehr. Bei der ungünstigen Geschäftslage wird gegenwärtig der Ausgleich der Interessen keine erheblichen Schwierigkeiten bereiten, die Kraftprobe wird erst später eingesehen.

Die deutschen Hüttenwerke haben es in verhältnismäßig kurzer Zeit verstanden, sich in der Erzversorgung auf die durch den Friedensvertrag neu geschaffene Lage einzustellen. Den Hüttenwerken ist durch den Friedensvertrag 79 Prozent ihrer bisherigen Erzversorgung genommen; es mußte für die noch in deutschem Besitz verbliebenen 75 Prozent der Hochofen eine wesentlich geänderte Erzbasis gefunden werden. Die Bochumer Erzgruben bildeten bisher das Hauptversorgungsgebiet für die deutsche Eisenproduktion. Frankreich ließ zwar bis zum Januar 1920

Minette im Austausch gegen deutschen Koks herein, verminderte aber später dieses Kontingent und sperrte schließlich im Juli vorigen Jahres jede Zufuhr nach dem unbefestigten Deutschland. Auf französischen Einfluß ist es zurückzuführen, daß auch von Luxemburg die Minetteausfuhr auf 60 000 Tonnen pro Monat beschränkt wurde. Die Hüttenwerke behielten sich zunächst mit ihren ziemlich reichen Vorräten und konnten auf eine gestiegerte Erzförderung im Lande sowie auf ein reichliches Angebot von Schrot zurückgreifen. Der Ischler Erzbergbau steigerte seine Leistung von 50 000 Tonnen auf 72 000 Tonnen monatlich, auch im Dill- und Lahngebiet stieg die Zufuhr und schließlich kamen die Erzfuhrten aus Schweden und Spanien im reichlichen Ausmaße herein. Mittlerweile hatten sich die Hüttenwerke auf den Bezug des hochwertigen Auslandserzes eingestellt, die zudem den Vorteil boten, daß weniger Koks bei der Verbüttung erforderlich war; damit wurde das Fehlen von Minetteerzen nicht so schwer empfunden. Als dann Frankreich später wieder 150 000 Tonnen Minette monatlich freigab, mußte es erfahren, daß für diese Menge kein Absatz mehr vorhanden war. Allerdings hat unter dieser Umstellung der Betriebe auch der Erzbergbau im Dill- und Lahngebiet gelitten, da auch diese Erze einen hohen Verbrauch von Brennstoffen beanspruchen.

Die immer noch ungenügende Belieferung mit Kohle resp. Koks hat unsere Eisenproduktion wieder in eine Rückwärtsbewegung gebracht. Erstdem ist im Inland durch die Stützung in der verarbeitenden Industrie, der im vorigen Jahre recht unangenehme Mangel an Roheisen und Stahl einen Überfluss gewichen und der Eisenwirtschaftsbund mußte sich zu erheblichen Preisreduktionen bequemen. Auf dem Auslandsmarkt ist die Hochkonkurrenz vorüber, die konkurrierenden Hüttenwerke in Amerika, England, Belgien und Frankreich haben die Produktion so gesteigert, daß das Überangebot allgemein ist und auch hier die Preise abwärts gleiten. Besonders ist es, wie auch auf dem Eisenmarkt der Handel die Situation zufallslos ausnutzte. Die Beugung des Marktes wurde im vorigen Jahre künstlich beeinflußt, indem man Lagerbestände zurückhielt, solange die Preise sich aufwärts bewegten, um dann mit großen Angeboten zu kommen, sobald die Preise sanken.

Während das Ausland im Kohlenüberschuß erstickt, kommen wir leider nicht zu einer Förderung, die den Bedarf deckt. In der Zeit vom 21. Februar bis 6. März sind in Deutschland 24 980 Tonnen Kohle aus Holland, 27 603 Tonnen aus England und 1603 Tonnen aus Amerika eingeführt. Überraschend muß es, daß wir über Holland sogar größere Mengen Kohle einführen. Vor kurzem wurde berichtet, daß von Belgien und Frankreich zu Spottpreisen unsere nach dem Spa-Abkommen nach dort gelieferte Kohle nach Holland abgestoßen würde. Ist das der Fall, dann muß man annehmen, daß wir aus Holland unsere eigene Kohle mit dem nötigen Preiseausschlag zurücklaufen. So unisonig das Verfahren klingen mag, es wird verständlich aus dem Bemühen kapitalistischer Interessenkreise der Entente, die deutsche Eisenproduktion unter dem Kohlenmangel niederzuhalten. Frankreich erstickt im Eisenüberschuß und es schickt sich an, mit den ihm anfallenden technisch hochentwickelten Hüttenwerken in Lothringen auf dem Auslandsmarkt als starker Konkurrent aufzutreten.

Die starke Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion Amerikas ist bekannt. England sah sich während des Krieges zu einer Modernisierung seiner Anlagen gedrängt. Seine Stahlproduktion ist bereits weit über die Vorkriegszeit hinausgegangen. Japan ist auf dem besten Wege, sich eine Großeisenindustrie zu beschaffen und wird sich für diesen Zweck die chinesischen Erze dienstbar machen. Der Krieg hat den Anteil gegeben, eine mächtige Verschiebung der Produktionsstätten vorzunehmen.

Der Überfluss an Kupfer, der gegenwärtig auf dem Weltmarkt vorhanden ist und die Preise sehr stark abwärts geführt hat, bewog die amerikanische Morgangruppe, einen Bestand von 180 000 Tonnen amerikanischen Kupfers auf einige Jahre zu beiseiten; damit ist dieses große Quantum Kupfer aus dem Verkehr gezogen und der Markt von diesem Angebote entlastet. Na-

weise sich mir näher. Ich weiß es jetzt, daß sie sprechen will, daß sich ihr die Bekennnisse gleichsam zum Munde drängen! Dennoch vermag sie nicht den letzten Schritt zu tun; hier angefangen, zardert sie! So erkläre ich mir den Zustand dieser betümmernden Kindesseele, der ihr Gelegenheit hätte, näher zu treten. Das volle Geheimnis werden wir niemals erfahren, das ist wie mit sieben Siegeln verschlossen...

Da tritt ein Ereignis ein... der Tod der franken Kameradin...

Bis dahin hatte das Mädchen fast teilnahmslos der Auseinandersetzung des Lehrers Gehör geschenkt, nichts Schönes zu verraten, daß der Inhalt seiner Worte in irgend einem Zusammenhang mit ihrer gegenwärtigen Lage steht. Jetzt schnellte sie von ihrem Sitz auf, wie von einem verborgenen Mechanismus getrieben.

„Reden Sie nichts, Herr Lehrer!“ rief sie flehentlich, „reden Sie nichts.“

„Der Tod ihrer franken Kameradin,“ fuhr der Zeuge fort, ohne einen Blick nach ihr zu werfen und dennoch innerlich bebend vor ungeheurem Aufregung, „ist die erste bestimmte Antwort auf die vielen Fragen, die das Kind erhält. Sie fällt wie ein langer, dunkler Schatten über seine bisherigen Welt. Der leichte Stöhnläppchen, an an den es sich anklammert, ist durchgeflogen... er versagt ihr seinen Dienst. Die Sterbende stützt das Bettchen von sich, mit Abscheu mit dem ganzen Aufgebot ihrer lebendigen Kräfte... Sie ist mit die Franziska die Frage und die Antwort zugleich. Sie ist von ihrer Kameradin verwarf... und sie weiß warum!

„Hohes Gerichtshof!“ rief der Zeuge unter tiefem Still-schweigen, während eine tiefschwarze Röte sich auf seinen Wangen festgelegt hatte. „Ich habe irgendwo in einem Buche einmal gelesen, daß sich die Natur in manchen schweren Krankheiten zuweilen eines kostbaren Mittels bedient, um in dem Kampfe, den sie mit den Kräften der Zerstörung zu bestehen hat, Siegerin zu bleiben... Sie bietet gleichsam eine andere schwere Krankheitsform auf, die ihr zu Hilfe kommen muß; in dem gewaltigen Kampfe nun, der dadurch entsteht, daß sich diese zwei Gewalten gegenüberstehen, weiß sie eine günstige Wendung zu finden, läßt scheinbar die eine über die andere die Oberhand gewinnen und schlägt sie dann beide in die Flucht!

Sollte das nicht mit den beiden Kindern sich ähnlich verhalten?

Gedient sich auch hier die Natur eines ähnlichen Mittels, um ihren Zweck zu erreichen? „Welchen?“ fragt man sich. Nun wohl keinen anderen, als den der sittlichen Wiedergeburt! Hat sie ihn erreicht? Noch kann das nicht behauptet werden. Doch ist der Aufschluß der feindlich sich gegenüberstehenden Kräfte nicht überwunden... Über das Moment des nehenden Sieges ist gekommen; ja, er ist vielleicht schon da! (Fortsetzung folgt.)

Nurlich soll damit die weitere Preisentlastung aufgehoben werden; so greift man zur Sicherung des Profits regulierend in die Markt-
lage ein.

Eine sehr beachtliche Entwicklung hat der Stahlkonzern erfahren, indem er das größte österreichische Hütten- und Walzwerk, die alpine Montangesellschaft, unter seiner Herrschaft brachte. Das Unternehmen wurde nach dem Kriege von einer italienischen Finanzgruppe durch Aktienauflauf erworben, kam aber zu keiner nennenswerten Aufnahme des Betriebes, da es dem Hüttenwerk an Belieferung mit Kohle fehlte. Die Italiener hatten deshalb stark das Interesse an der Gesellschaft verloren, da die Hoffnung, von ihr aus die italienische Industrie zu einem erheblichen Teile mit Eisen zu versorgen, sich vorsichtig als trügerisch erwies. Man versuchte deshalb den Anschluß an ein deutsches Unternehmen und fand in dem Stahlkonzern eine für die Gesellschaft sicherlich günstige Aufnahme. Da die Stahlgruppe über reichliche Kohlproduktion verfügt, kann sie die Hüttenwerke der österreichischen Gesellschaft in Gang bringen, wenn auch nicht vollständig in Betrieb gehen. Den Österreichern wird für ihre verarbeitende Industrie ein wertvoller Dienst geleistet und die gesuchte deutsche Montangesellschaft unternimmt einen nicht unwichtigen Schritt zur Ausdehnung ihres Geschäftsbereiches.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 1. April.

Jugendtag in Lübeck.

Die Aprilnummer des Mitteilungsblattes der Arbeiter-Jugend (Bezirk Mecklenburg-Lübeck) enthält folgenden Aufruf:

Angenoll! Auf zum hohen Pfingstfahrt!

Engagierte Jüge werden zum Pfingstfest aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Hamburg per Bahn fahren. Jüge mit frischen, überzeugenden, lachenden Arbeiterkindern. Aus allen Süden und Norden werden sie ausziehen. Jugendfreude wird alles umfassen, alles einen: Begeisterung, Arbeitsfreude und Arbeitswille auslösen. In Schönheit werden die Tage vergehen, Sehnsucht nach höherem, bessarem Leben wird in allen bleiben.

Jugendgenossinnen und -genossen! Ihr kennt noch nicht alle das unausprechlich Schöne unserer Jugendzusammenkünfte. Vieles haben allerdings den Jugendtag in Mettmann, den Kreisjugendtag des Vorjahrens oder den Internationalen Jugendtag in Hamburg mitgemacht. Diese werden auch diesmal erscheinen. Aber Ihr Jüngeren, verabsäumt nicht dieses Fest. Läßt nicht ein großes Ereignis an Euch vorübergehen, lasst alle Bebenen beiseite. Spart! Rüstet! Kommt! Tausende werden es sein, eine Großstadt wird in unserem Reichen stehen. Die Größe der Bewegung wird uns klar werden, wir werden bestellt sein mit neuer Hoffnung.

Die Ortsvereine können schon Sonntag morgen in Lübeck eintreffen. Die Lübecker Jugend wird für sie sorgen. Über wir empfehlen, den Sonntag zur Wanderrung zu benutzen und am Abend zwischen 6 und 8 Uhr in Lübeck einzumarschieren. Im Saale des Gewerkschaftshauses werden wir zu einer Jugendfeier zusammenkommen. Wir werben alle wissen, was da kommen wird. Wallengang und Tollstam, Ansprache, Aufführungen der Ortsvereine, Rezitationen. Alles dieses wird bittiert sein vom jugendlichen Empfinden. Für die Nacht werden die Lübecker Quartiere besorgen. Ein Teil wird sich ins Massenquartier begeden müssen, aber Ihr nicht: Dort ist es oft am schönsten. Am 2. Tag gibt es eine Freilicht-Aufführung von Künstlern beschränkt in Riebeck bei Schwartau. Bei ungünstigem Wetter wird eine Aufführung im Stadt-Theater an deren Stelle treten. Dem Freilichtspiel schließt sich eine große Jugend-Demonstration durch Lübeck nach dem Spielplatz an. Die Ortsvereine bringen hierzu, soweit es nicht hinderlich für die Wanderung ist, ihre Fahnen mit. Wenn nicht anders, dann rotes Tuch. Eine Stange wird sich in Lübeck finden. Mehr Ausführungen des Juges ist nicht nötig. Singende, fröhliche Jugend braucht nicht geschmückt zu werden. Beim Spielen am Nachmittag werden sich die Ortsvereine messen. Es ist für Schachball, Faustball, Wettkämpfe, Balllauf usw. gefordert. Die Voltstämme und Reitengruppen werden, wie wissen es bestimmt, von der Jugend nicht verlassen. Wir wollen auch noch weiter, daß der alsdann folgende Abschied von Lübeck auch recht schwer werden wird.

Nächstes wird durch die Vereinsvorstände und durch die Mai-Kommissionen bestimmt gegeben. Für dieses ist zu bemerken: Meldet an, wieviele teilnehmen. Adresse: Genosse Bäumer, Lübeck, Friedenstraße 24, I. Auch Bänke bez. Quartierbeschaffung in Dörfern vor Lübeck (für die Nacht zum Sonntag) müßten darüber gemeldet werden, ebenfalls Quartiere in Gaffeln. Aufführungen für Sonntag abend und Spiele für Montag nachmittag und dem Geöffneten Ich, Lübeck, Leichstraße 8, zu melden. Anfragen über alles Sonstige werden durch das Bezirks-Sekretariat erledigt.

Auf dem, Jungs und Mädel! Kommt alle! Sorgt dafür, daß dieser Tag zu einer mächtvollen Kundgebung der Arbeiterjugend wird, wie sie in unseren Städten noch nicht erlebt wurde. Feiern wir! Dein Herz und Sinne der Lebens-
freude! Auf nach Lübeck!

Schößengericht.

Die erstaunliche Entlohnung eines Handlungsgeschäfts wurde am Donnerstag in einer Verhandlung vor dem Schößengericht entrollt. Der 80jährige Handlungsgeschäftsführer des Kaufhauses W., der in dem Kaufhausgeschäft von G. in Stellung war, hat verschiedene Veruntreuungen begangen. Er ist gefändigt. Waren im Werte von etwa 3000 Mark nach und nach seines Firms entwendet und einen Teil dieser Waren an den 23jährigen Kaufmann W., der wegen Schleierei angeklagt ist, verkannt zu haben. Er entschuldigte seine Vergehen damit, daß er in bitterer Not gewesen sei und mit dem niedrigen Gehalt nicht auskommen konnte. Das Gericht erkannte gegen St. wegen Diebstahls auf 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte W. erhielt wegen Schleierei einschließlich einer Strafe gegen ihn verhängter Strafe von 2 Monaten Gefängnis, insgesamt 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgesetzt, daß die Tat des St. einen schweren Vertrauensbruch darstelle. Es wurde aber nichts davon erwähnt, was der Verteidiger vorher mit Nachdruck hervorgehoben hatte, daß der Angeklagte dessen Vater gestorben ist, und dessen Witter in dritter Ehe in Hamburg lebt, völlig allein aus seinem Verdienst. Wie hoch war nun der Verdienst? Nach dem, was der Gericht festgestellt wurde, ist St. im Jahre 1919 bei der Firma G. mit einem Umtauschgeschäft von 200 Mark monatlich angestellt worden. Zum ersten Mal erhöht, doch dann in der heutigen Zeit mit einem solchen Einkommen kaum jemand seinen Hunger stillen, geschweige denn den ganzen Lebensunterhalt davon beitreten. Es ist daher folgerichtig und durchaus glaubhaft, wenn der Angeklagte behauptete, daß er in bitterer Not gehandelt habe. Man sollte es für ganz unmöglich halten, daß es noch Weidküste gibt, die ihre Angestellten mit einem solchen Gehalt zu versorgen. Wie können uns diese Fall noch dazu bewegen, daß der junge Mann bei Berufsausbildung fortsetzt, die doch zweitlos für anständige Bezahlung gefordert steht, um so mehr, da vorzüglich weit höhere Gehälter festgelegt werden. So hat die managelose Erfahrung uns die Not des jungen Mann auf Schiene gebracht, mehr noch sein Fortkommen in seinem Berufe fast unmöglich wird. Noch das Ge-

richt muß das Gericht ja auf Strafe erkennen. Wir wollen die vermeidliche Tat des Angeklagten auch keinesfalls beschönigen. Zweifelhaft erscheint es uns aber, ob das Gericht die Umstände, unter denen das Vergehen begangen wurde, bei der Strafbestrafung richtig gewollt hat. Eine Strafe von 3 Monaten Gefängnis erscheint uns reichlich hart. Eine Firma aber, die ihren Angestellten derartig hungernd zieht, braucht sich nicht zu wundern, wenn in ihrem Geschäft Veruntreuungen vorkommen. Not kommt bekanntlich kein Gebot. — Wegen fahrlässiger oder per der Leitung hat sich der Kraftwagenfahrer B. aus Gießenfeld zu verantworten. Der Angeklagte hatte im November v. J. in der Gießenfelder Allee mit seinem Auto eine alte Mutter, die eine schottische Karte saß, umfahren und verletzt. Gegen den Strafbefehl von 600 Mark, den B. erhalten habe, legte dieser Berufung ein. Das Gericht bestätigte nach eingehender Verhandlung den Strafbefehl, da es ein Verschulden des Angeklagten für erwiesen hielt. — Wegen Betrugsermittlung erhielt der Pensionsträger W. 2 Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Er hatte bei einem Pferdehandel sich auf betrügerischer Weise Vorteile verschaffen wollen. Der Strafbefehl von 8000 Mark, gegen den der Angeklagte Einspruch erhoben hatte, wurde also nicht nur bestätigt, sondern das Gericht erkannte außerdem noch auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Eine leise Sache.

Wie verschieden ist eine Ansichtskarte?

Bis vor kurzem war es eine Wissenschaft, sich durch die Menge der Lebensmittelarten hindurchzufinden und umso Mühsame hatten es, der Not der Zeit gehorrend, hierin zu einer gewissen Virtuosität gebracht. Nun verlangt die Post, daß sich das Publikum durch das Labyrinth ihres neuen Tarifs hindurchwindet. Allein bei der Ansichtskarte sind nicht weniger als 10 verschiedene Ansichtskarten zu berücksichtigen. Wie viele Rechte werden da gemacht werden, wie viele Freundschaften in die Arzts gehen, weil die Empfänger die Annahme der nur gegen Ablösung von Strafsatz zu erhaltenden Karten verweigern. Wir geben daher nochmals ein genaues Verzeichnis der beim Ansichtskartenversand im Frage kommenden Sätze:

1. Eine Karte, die nur Absender und Absendungsdatum enthält, kostet beim Verband innerhalb Deutschlands sowie nach Danzig und Memel als Drucksache 10 Pf.
2. Eine Karte, die außer dem Absender und dem Absendungsdatum noch fünf Höchsttarifworte auf der Bordseite enthält, kostet im Inland mit Danzig und Memel, Luxemburg, Österreich, Ungharn und Tschechoslowakei 16 Pf.
3. Karten, die mehr als fünf Worte enthalten, kosten im Ortsverkehr 20 Pf. und
4. nach auswärts 40 Pf.
5. Ansichtskarten nach dem Auslande kosten als Drucksache 30 Pf. und
6. als Postkarte 60 Pf.

Achtung, Ansichtskarten! Am Sonntag, dem 8. April, 11 Uhr nachmittags, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Erstehen aller Mitglieder ist Ehrenpflicht. Der Arbeitsausschuss.

Bei den Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft. Am 28. d. Mts. tagte zu Bahnhof Gießenfeld eine Vertreterkonferenz des Landarbeiterverbandes für die Provinz und den Kreis Lübeck. Sie nahm Stellung zu dem Abbruch der Verhandlungen in Kiel und beschloß folgende Resolution: „Die am 28. d. Mts. im Bahnhof Gießenfeld tagende Vertreterkonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes für den Kreis und Freistaat Lübeck nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Absicht des Arbeitgeberverbandes der Provinz Schleswig-Holstein, im kommenden Tarif eine Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen. Sie beauftragt die Lohnkommission, mit allen gesetzlichen Mitteln auf den Abschluß eines Tarifvertrages zu dringen, und erklärt sich bereit, in den Ortsgruppen dafür einzutreten, daß die höchsten Beitragsätze und die Haushaltsposten gelebt werden, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie geschlossen hinter der Organisation steht.“

Ermäßigung des Mehlpreises. Wie das Landesversorgungsamt mitteilt, kann die Herabsetzung des Mehlprefizes erst erfolgen, wenn das von der Getreisgetreidefalle zu überwindende billigere Mehl zur Ausgabe gelangt; dies wird in wenigen Wochen der Fall sein.

Rück erholungsbefähigte Kinder. Es sind noch einige Plätze im Hora zu etwa 12 M. den Tag für Ende Mai oder später zu vergeben. Möglicherweise Meldung auf dem Jugendamt erbeten. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 10—12, Zimmer 18.

Stadttheater. Am Freitag: „Bohème“. In den Kammerspielen „Bunte Abend“, hierauf „Sotsches Geburtstag“. Sonnabend Uraufführung von „Hochzeit auf Wittenstein“, Schauspiel von Woldemar Oscar Dring, unserem Lübecker Dichter. Sonntag 18. Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins „Doppelböhm“ abends „Mignon“ und in den Kammerspielen der beliebte Bunter. Abend mit dem reizenden Einakter „Kottens Geburtstag“.

Der Mieterschulgemeinde hält heute, Freitag abend, 7½ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung ab, worauf wir auch an dieser Stelle hinweisen.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Arbeitersport. Am Sonntag, dem 8. April, vor mittags 10 Uhr findet im Gaffelhof Transoal in Schwartau die Gründungsversammlung des Arbeiter-Sport Kartells für die Provinz Lübeck statt. Wir machen die Arbeiterschaft auf diese Versammlung besonders aufmerksam.

Hamburg. Volksbegehrten für ein Gesetz über die Mietzinsbildung. Die Delegiertenversammlung des Mieterverbandes Groß-Hamburg hat einstimmig den Beschluss gefaßt, einen Antrag auf Volksbegehrten für ein Gesetz über die Mietzinsbildung im Hamburger Stadte einzubringen. Der Mieterverband hat sich bereits mit einer maßgebenden politischen Partei in Verbindung gesetzt, um die Durchführung des Beschlusses zu gewährleisten.

Schweiz. Die Generalstreiksparte erledigt. Das „Freie Wort“ berichtet: Infolge der kommunistischen Propaganda steht die Orpo und Reichswehr seit Donnerstag in Alarmbereitschaft. Wahrscheinlich nicht nur in Schwerin. Die für Mittwoch geplante gewesenen kommunistischen Versammlungen waren ancheinend Anlaß für eine verschärfte Alarmbereitschaft. Die „Volkswacht“ ruft zwar weiter zum Kampf. Aber man scheint doch im Lager der meistverehrten Kommunisten sich der Gefährlichkeit der Situation bewußt zu werden. Das Schließen wir aus der Tatsache, daß man die kommunistische Versammlung in Schwerin hat ausfallen lassen. Ein gleiches dürfte wohl auch in den anderen Orten geschehen sein, wo Versammlungen geplant waren.

Flensburg. Die Flensburger Mustermesse wurde am Dienstag eröffnet. Sie soll im besonderen der Wiederanfang und Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zur ersten Zone dienen. Es ist geplant, sie zu einer ständigen Einrichtung zu machen und ihr eine Herbstmesse anzugehören. Die Ausstellung ist von 300 Firmen aus ganz Deutschland besetzt. Viele Blüster sind direkt von der Leipziger Messe nach Flensburg gekommen. Verbunden ist eine Modenschau und eine Schauaustellung.

Wismar. Bei den Betriebsratswahlen in der Salzindustrie ging die W. der G. P. D. den Sieg davon. Sie erzielte 5 Deputierte, die U. G. P. 2. Die G. P. D. geht leer aus. Der mitgliedlose kommunistische General-

streit. Der Streit der A.-G. Weser ist im Abflauen begriffen. Unabhängig Betrieb der gesamten Arbeiterschaft. 8700 Männer sind Donnerstag morgen pünktlich zur Arbeit erschienen, wodurch die Fortsetzung des Betriebes in vollem Umfang ermöglicht wurde.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein neuer Streiter. Vor einigen Tagen erschien die erste Nummer „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, das offizielle Organ des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das alle zwei Monate in deutscher, englischer und französischer Sprache erscheinen soll. Sitz der Redaktion ist der Internationale Gewerkschaftsbund, Amsterdam, Holland. In einer Einleitung umschreibt Genosse J. Duvegeck die Aufgaben des Blattes, das die „Völker dem Sozialismus entgegenführen“, den Militarismus und den Bürgerkrieg bekämpfen und den „Internationalen Krieg mit dem größten Eifer“ pflegen will. Mehr denn je muß das Gefühl der Zusammengehörigkeit in den Vordergrund gestellt und Strategie und Taktik für den gemeinsamen Kampf möglichst einheitlich gestaltet werden.

Zur Neuordnung des Arbeitsrechts. Der Ausschuk für die Neuordnung des Arbeitsrechts hat sich mit den Fragen des Arbeitsrechts beschäftigt. Es liegen mehrere Entwürfe vor. Die Befreiung ergab, daß fast alle wichtigen Fragen des Angestelltenrechts zugleich solche des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts sind und einer Sonderregelung in geringerem Maße bedürfen, als vielfach vorausgesetzt war. Es soll daher zunächst unter Benutzung der bereits vorhandenen Vorentwürfe der Entwurf eines Gesetzes über das allgemeine Arbeitsvertragsrecht ausgearbeitet werden, dessen Bearbeitung Dr. Heinz Polhoff übernommen hat. Die Arbeit soll so gefordert werden, daß bereits im Herbst die endgültige Fassung des Arbeitsrechtsausschusses erfolgen kann.

Sodann hat der Gesamtausschuk über den von Professor Singheiser aufgestellten Entwurf eines Tarifvertragsgelezes beraten. Damit ist einer der wichtigsten Abschnitte des neuen Arbeitsrechts nunmehr im Ausschuk im wesentlichen fertiggestellt. Allerdings mußte die Ausgestaltung der vorgelegten Tarifbehörden noch offenlassen werden, weil es den Absichten des Arbeitsrechtsausschusses entspricht, daß einheitliche Arbeitsbehörden geschaffen werden. Der Entwurf des Tarifvertragsgelezes wird nach seiner endgültigen Redigierung voraussichtlich der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Gesamtausschuk hat sich ferner mit den Plänen für seine weiteren Arbeiten beschäftigt. Es wurde die Einlegung von Unterabschlüssen für das Berufsrecht, das Bergarbeitsrecht und das Landarbeitsrecht beschlossen. Schließlich haben sich die Mitglieder des Arbeitsrechtsausschusses noch an einer Besprechung über den Entwurf eines Haushaltsgesetzes beteiligt, der ebenfalls auf Grund der Vorarbeiten des Arbeitsrechtsausschusses aufgestellt worden ist.

Die Streikerei in England. Wie die Londoner Blätter melden, besteht bisher keine Anzeichen für irgendwelchen Angriff der englischen Regierung in den Streit zwischen den Bergarbeiter und den Bergarbeiter. Eine Gesamteinstellung der Arbeit in den Kohlengruben erscheint unvermeidlich.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Lübeck. Carl Schuster, Obmann, Gewerdesstraße 28, III. Carl Ich, Aufseher, Leichstraße 8a. Monatsprogramm für April: 10. 4.: Hemmelsdorfer See, Abf. 2,00 Mark. Führer: Kreplin. — 13. 4.: Versammlung im Gewerkschaftshaus, 7½ Uhr. — 17. 4.: Wanderung der Tanzgruppe nach Hallenhagen, Stoffershorst. Abmarsch 2,00 Mühlendorfstraße. Führer: Moltenhäuser. — 24. 4.: Schwarzen-Höbbendorfer Gehege. Abfahrt 2,00 Mark. Führer: R. Henze. — 1. 5.: Keine Wanderung. Maifeier. — 5. 5.: Rückn. Wilmendorf, Timmendorfer Strand. Abfahrt 6,27 Gelbelpfad. Führer: C. Schuster. — 8. 5.: Fährfahrt. — 9. 5.: Vorstandssitzung. — Gruppe für Volkstänze und Spiele. Leiter: Paul Seifert. Heimstätten 49. Jeden Freitag abends von 7—8 Uhr. Üben der Reitgängen in der Turnhalle des Lehrer-Seminars, Longer Lohberg 20. Für Anfänger von 7,80 bis 8,80. Für Fortgeschritten von 8,80 bis 9,80. — Mußgruppe. Leiter: Ernst Grahm, Fischergrube 78, im Hügel. Jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Üben (Standoline und Gitarre) im Wittenberger Kaffee. Unterricht 100.— Taubstummengruppe. Leiter: Heinrich Kraus, Parcstr. 2a, I. Sonnabends und Sonntags 8 Uhr. Zusammentreffen bei Buthmann, Glodengießerstraße 1.

Helleres.

Der Giläische. Einem reichen Kalifen Indiens, der an einem tiefen Lebensüberdruck litt — so berichtet eine orientalische Geschichte — riß ein weißer Mann, er solle sein Hemd mit dem eines vollständig Glücklichen wechseln. Lange suchte der Kalif nach einem vollkommen Glücklichen suchen; aber als er endlich einen solchen entdeckt hatte, da war ihm auch nicht geholfen, denn der Glückliche hatte — kein Hemd.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 31. März.

	Am. Devisennotierung an der Hamburger Börse.	81. März.	80. März.
Holland	100 fl.	2165	2185
Kopenhagen	100 Kr.	1140	1127½
Stockholm	100 Kr.	1467½	1482½
Kristiania	100 Kr.	1017½	1022½
Helsingfors	100 finn. Mk.	156½	160
Schweiz	100 Frs.	1085	1092½
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	18%	17½
Budapest	100 K.	19½	20½
Prag	100 K.	82½	82½
Spanien	100 Pesetas	87½	88
London	1 £	248½	248½
Paris	100 Frs.	448	448
Belgien			

I. Nachtrag

zu der

Oschung und dem Taxis

für Dienstmänner in Travemünde.

(Veröffentlicht am 1. April 1921.)

Die Dienstmänner in Travemünde können für ihre Dienstleistungen das Gehaltsfache des Tariffs vom 21. September 1882 fordern.

Lübeck, den 24. März 1921.

(88) Das Polizeiamt.

I. Nachtrag

zu der

Berichtigung

das Dienstmannwesen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten betreffend, vom 6. April 1887.

(Veröffentlicht am 1. April 1921.)

Die Dienstmänner in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten können für ihre Dienstleistungen das Gehaltsfache der im Lohnvertrag vom 11. April 1918 angegebenen Sätze fordern.

Lübeck, den 24. März 1921.

(87) Das Polizeiamt.

Ausgabe von Lebensmitteln

für die Zeit vom 2. bis 8. April 1921.

Art	Menge	Preis	Abschnitt und Karte
Brot	1500 gr		B der Brotkarte
Wohlweise	800 :		A der Brotkarte
Mehl	200 :		
amerik. Weizenmehl	200 :	Mit. 1.95	Kopf der Brotkarte 241/245 Zucker (bis zum 10. 4. 21)
Butter	je 125 :		242 Mühlenfabrikate
Kartoffelmehl	800 :	8.80	882 Warenkarte
braune Bohnen	800 :	1.40	883 Warenkarte
Marmelade	800 :	8.80	

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preiswirksamkeit vom 8. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 1. April 1921.

(80) Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Der Bebauungsplan für das Gebiet der Weberkoppel zwischen der Rabeinburger Allee und der Walkenitz soll abgeändert werden.

Die Pläne hierfür liegen in der Zeit vom 1. April bis 14. April 1921 einschl. werktäglich von 8 bis 8½ Uhr im Bauamt, Abt. Stadtentwicklung, Al. Bauhof 15, zur Einsicht aus.

Veröffentlichungen des Entwurfs sind dort für Mt. 25.— das Stück zu haben.

Beteiligte, die gegen den Entwurf Einwendungen erheben wollen, haben diese unter näherer Begründung schriftlich bis zum 18. April 1921 im Bauamt einzureichen.

Lübeck, den 80. März 1921.

(88) Die Baubehörde.

Bekanntmachung.

Der Senat hat im Einvernehmen mit der Bürgerschaft am 18. März 1921 den Bebauungsplan für die Siedlung an der Schwarzenauer Landstraße festgelegt.

Der Plan mit den neuen Fluchtlinien liegt vom 1. April bis 1. Oktober 1921 einschl. werktäglich von 8 bis 8½ Uhr im Bauamt, Abt. Stadtentwicklung, Al. Bauhof 15, zur Einsicht aus.

Anträge auf Abnahme eines Grundstückes auf Grund § 8 Abs. 2 des Straßenbaugesetzes vom 19. Februar 1919 sind bei Verlust des Anspruches auf vorzeitige Abnahme bis zum 15. Oktober 1921 anzumelden.

Lübeck, den 29. März 1921.

(86) Die Baubehörde.

Bekanntmachung.

Der durch Rat und Bürgerschluß vom 16. März 1921 abgeänderte Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Curtiusstraße und dem Hohen-Gefest-Kamp liegt in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 1. Oktober 1921 werktäglich von 8 bis 8½ Uhr im Stadtentwicklungsamt, Al. Bauhof 15, zur Einsicht aus.

Anträge auf Abnahme eines Grundstückes auf Grund von § 8 Abs. 2 des Straßenbaugesetzes sind bei Verlust des Anspruches auf vorzeitige Abnahme bis zum 15. Oktober 1921 der Baubehörde anzumelden.

Lübeck, den 29. März 1921.

(86) Die Baubehörde.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle

Lübeck.

(89) Nachruf.

Am Montag, dem 28. März, starb unter Mitglied, der Kollege

Bruno Rosengquist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 2. 4., morgens 7½ Uhr im Burgtorfriedhof statt.

Die Ortsverwaltung.

(88) Das Polizeiamt.

I. Nachtrag

zu der

Berichtigung

das Dienstmannwesen in Travemünde können für ihre Dienstleistungen das Gehaltsfache des Tariffs vom 21. September 1882 fordern.

Lübeck, den 24. März 1921.

(88) Das Polizeiamt.

I. Nachtrag

zu der

Berichtigung

das Dienstmannwesen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten betreffend, vom 6. April 1887.

(Veröffentlicht am 1. April 1921.)

Die Dienstmänner in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten können für ihre Dienstleistungen das Gehaltsfache der im Lohnvertrag vom 11. April 1918 angegebenen Sätze fordern.

Lübeck, den 24. März 1921.

(87) Das Polizeiamt.

Ausgabe von Lebensmitteln

für die Zeit vom 2. bis 8. April 1921.

Art	Menge	Preis	Abschnitt und Karte
Brot	1500 gr		B der Brotkarte
Wohlweise	800 :		A der Brotkarte
Mehl	200 :		
amerik. Weizenmehl	200 :	Mit. 1.95	Kopf der Brotkarte 241/245 Zucker (bis zum 10. 4. 21)
Butter	je 125 :		242 Mühlenfabrikate
Kartoffelmehl	800 :	8.80	882 Warenkarte
braune Bohnen	800 :	1.40	883 Warenkarte
Marmelade	800 :	8.80	

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preiswirksamkeit vom 8. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 1. April 1921.

(80) Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Der Bebauungsplan für das Gebiet der Weberkoppel zwischen der Rabeinburger Allee und der Walkenitz soll abgeändert werden.

Die Pläne hierfür liegen in der Zeit vom 1. April bis 14. April 1921 einschl. werktäglich von 8 bis 8½ Uhr im Bauamt, Abt. Stadtentwicklung, Al. Bauhof 15, zur Einsicht aus.

Veröffentlichungen des Entwurfs sind dort für Mt. 25.— das Stück zu haben.

Beteiligte, die gegen den Entwurf Einwendungen erheben wollen, haben diese unter näherer Begründung schriftlich bis zum 18. April 1921 im Bauamt einzureichen.

Lübeck, den 80. März 1921.

(88) Die Baubehörde.

Bekanntmachung.

Der Senat hat im Einvernehmen mit der Bürgerschaft am 18. März 1921 den Bebauungsplan für die Siedlung an der Schwarzenauer Landstraße festgelegt.

Der Plan mit den neuen Fluchtlinien liegt vom 1. April bis 1. Oktober 1921 einschl. werktäglich von 8 bis 8½ Uhr im Bauamt, Abt. Stadtentwicklung, Al. Bauhof 15, zur Einsicht aus.

Anträge auf Abnahme eines Grundstückes auf Grund § 8 Abs. 2 des Straßenbaugesetzes vom 19. Februar 1919 sind bei Verlust des Anspruches auf vorzeitige Abnahme bis zum 15. Oktober 1921 anzumelden.

Lübeck, den 29. März 1921.

(86) Die Baubehörde.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle

Lübeck.

(89) Nachruf.

Am Montag, dem 28. März, starb unter Mitglied, der Kollege

Bruno Rosengquist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 2. 4., morgens 7½ Uhr im Burgtorfriedhof statt.

Die Ortsverwaltung.

(88) Das Polizeiamt.

I. Nachtrag

zu der

Berichtigung

das Dienstmannwesen in Travemünde können für ihre Dienstleistungen das Gehaltsfache des Tariffs vom 21. September 1882 fordern.

Lübeck, den 24. März 1921.

(88) Das Polizeiamt.

I. Nachtrag

zu der

Berichtigung

das Dienstmannwesen in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten betreffend, vom 6. April 1887.

(Veröffentlicht am 1. April 1921.)

Die Dienstmänner in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten können für ihre Dienstleistungen das Gehaltsfache der im Lohnvertrag vom 11. April 1918 angegebenen Sätze fordern.

Lübeck, den 24. März 1921.

(87) Das Polizeiamt.

Ausgabe von Lebensmitteln

für die Zeit vom 2. bis 8. April 1921.

Art	Menge	Preis	Abschnitt und Karte
Brot	1500 gr		B der Brotkarte
Wohlweise	800 :		A der Brotkarte
Mehl	200 :		
amerik. Weizenmehl	200 :	Mit. 1.95	Kopf der Brotkarte 241/245 Zucker (bis zum 10. 4. 21)
Butter	je 125 :		242 Mühlenfabrikate
Kartoffelmehl	800 :	8.80	882 Warenkarte
braune Bohnen	800 :	1.40	883 Warenkarte
Marmelade	800 :	8.80	

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preiswirksamkeit vom 8. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 1. April 1921.

(80) Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Der Bebauungsplan für das Gebiet der Weberkoppel zwischen der Rabeinburger Allee und der Walkenitz soll abgeändert werden.

</div

